

Die 'Kleine Schriftenreihe' setzt sich zur Aufgabe, schwer zugängliche Texte aus der österreichischen Arbeitergeschichte neu aufzulegen. Mit diesen Wiederveröffentlichungen soll es einer breiteren Leserschaft ermöglicht werden, sich mit wichtigen Positionen und Diskussionen der marxistischen Linken bekanntmachen.

ZUSCHRIFTEN, BESTELLUNGEN:

an das Postfach 95, 1141 Wien

IN EIGENER SACHE

Mit dieser 'Kleinen Schriftenreihe' zur österreichischen Arbeiterbewegung sollen ein paar schwer zugängliche Dokumente der KPÖ über die Gewerkschaftsfrage einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Diese 'Kleine Schriftenreihe' kam mehr zufällig zustande, dieser Inhalt war nicht geplant; aber die Dokumente erschienen uns derart interessant, daß wir nicht länger warten konnten.

Doch die Eile ist auch mit Nachteilen verbunden, Nachteilen, deren Schwere wir momentan noch nicht beurteilen können. Die Einleitung dieser 'Kleinen Schriftenreihe' ist überhastet geschrieben worden. Dem Verfasser stand wenig Zeit zur Verfügung, so manche Behauptung ist einfach unüberprüft hingeworfen. Es können sich Fehler, Verkürzungen oder sogar Unwahrheiten eingeschlichen haben. Es ist wohl nicht nötig zu erklären, daß dem keine Absicht zugrunde liegt. Dementsprechend sind wir für Ergänzungen, Richtigstellungen, Diskussion oder andere Anregungen sehr dankbar. Bei Wunsch garantieren wir eine Veröffentlichung!

Zum Schluß soll erwähnt werden, daß ohne die beiden hervorragenden und äußerst informativen Bücher von Fritz Keller (Gegen den Strom) und Hans Hautmann (Die verlorene Räterepublik) die Erstellung dieser Broschüre ungemein erschwert worden wäre. Wer also durch unsere 'Kleine Schriftenreihe' angeregt wird, sich über die Frühphase der KPÖ näher zu informieren, dem seien diese beiden Bücher empfohlen.

Die
Bewerkschaften und Betriebsräte als Kampfinstrumente der proletarischen Revolution

(Zeitabdruck aus dem Protokoll des 4. Parteitag der K. P. Ö. mit Anhang: Organisationsstatut und Richtlinien, beschlossen auf der 1. Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen am 7. und 8. Mai 1921.)

Herausgegeben im Auftrag des Gewerkschaftsrates der K. P. Ö.

Die Gewerkschaftsfrage

auf der 3. Reichskonferenz der K. P. Ö.

bereits erschienen:

Heft 1: JOSEF FREY:

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit? (1927)

Heft 2: ERNST SCHMIED (= JOSEF FREY)

Integraler Sozialismus - ein neuer Weg? Antwort an Otto Bauer (1937)

Wien, im September 1985

INHALTSANGABE:

- 1) Einleitung: Die KPÖ und die Gewerkschaften

INHALTSANGABE:

- 1) Einleitung: Die KPÖ und die Gewerkschaftsfrage in der Frühphase der 1. Republik
- 2) Dokumente der KPÖ
 - a) Unsere Reichskonferenz (aus: Rote Fahne, 10. Dezember 1919)
 - b) Was die Kommunisten von den Gewerkschaften wollen! (aus: Rote Fahne, 10. Mai 1920)
 - c) Bericht des Gewerkschaftsrates der KPÖ (aus: Dokumente des 5. Parteitag der KPÖ)
 - d) Die nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben (aus: Dokumente des 5. Parteitag der KPÖ)
 - e) Richtlinien zu den nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben (aus: Dokumente des 5. Parteitag der KPÖ)
 - f) Beschluß des Parteivorstandes in Bezug auf die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen der kommunistischen Fraktion im Gewerkschaftsrat und dem Parteivorstand. (2. Jänner 1923)
 - g) Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Parteizentrale der KPÖ. (22. Jänner 1923)

IV. Richtlinien der kommunistischen Fraktionen.
1. Agitation, Propaganda und Organisation für eine allgemeine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung.
2. Unermüdbares Arbeiten für die Gründung von kommunistischen Betriebs-, Branchen- und Industrieverbänden, die sich analog der jeweiligen Tätigkeiten haben.
3. Stetmässige agitatorische und organisatorische Arbeit zwecks Durchsetzung von kommunistischen Betriebs- und Arbeitergruppen, sowie die Förderung der gewerkschaftlichen Funktionen in den berg- und forstwirtschaftlichen Gewerkschaften.
4. Unbedingte Anstrengung nach einer einheitlichen Organisation aller geistigen und manuellen Arbeiter innerhalb der einzelnen Industrien, Kreise, Land- und Reichsgewerkschaften.
5. Agitation für die weitestgehende Einflußnahme der Betriebsräte auf die Produktion zwecks Vorbereitung zur Sozialisierung der Industrie, des Handels und Verkehrs, Erweiterung und Ausnützung der Rechte der Betriebsräte, als proletarisches Kampfmittel bei Lohnforderungen innerhalb des Betriebes, der Branche, der Gesamtindustrie und bei allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aktionen. Das unbedingte Recht der Betriebsräte an Warenfallaktionen.
6. Erpassung der Löhne der österreichischen Arbeiterkraft an die allgemeinen Weltmarktlöhne.

V. Sonstige Bestimmungen.
1. Es sind Instruktionsvorträge für die Betriebsräte, gewerkschaftlichen Vertrauensmänner und Gewerkschaftsfunktionäre laufend vorzunehmen, um diesen Genossen die Taktik und das revolutionäre Vorgehen im Interesse des Proletariats zu vermitteln.
2. Alle Mitglieder der kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften sind verpflichtet, proletarische Disziplin zu wahren und sich den Bestimmungen und Beschlüssen der Majorität unterzuordnen.
Der Gewerkschaftsrat der kommunistischen Partei Österreichs.

Die KPÖ und die Gewerkschaftsfrage in der Frühphase der 1. Republik.

Die Anfang November 1918 gegründete KPÖ begann sich die Frage nach der „Stellung der Partei zu den Gewerkschaften“ erst in der großen innerparteilichen Debatte vor dem 3. Parteitag im Dezember 1919 und auf dem Parteitag selbst zu stellen. Der erste Sturmangriff auf die kapitalistische Festung war gescheitert, der Versuch eine Räterepublik im Handstreich einer „aktiven Minderheit“ im Frühling und Sommer 1919 auszurufen schnell zusammengebrochen. Ausgehend von der nun angenommenen Richtlinie, dass der proletarischen Revolution unbedingt die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus vorangestellt werden muss, stellte sich die KPÖ die Frage, wie diese Gewinnung der Massen - die vor allem in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisiert waren - für den Kommunismus vor sich gehen könnte.

Grundsätzlich war man gegen die reformistische, sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, gegen diese „Beschwichtigungshofräte“, welche die Forderungen der Arbeiterschaft immer im Kompromiss mit dem Kapital zu erfüllen suchten. Dieser Gewerkschaftsbürokratie sagte man den Kampf an mit dem Ziel ihren Einfluss auf die Massen zurückzudrängen. Zu diesem Zweck sollten sich die KommunistInnen innerhalb der gewerkschaftlichen Ortsverbände fraktionsmäßig zusammenschließen und hier ihre Propaganda starten.

Ebenso scharf verurteilt wurde die gewerkschaftliche Theorie und Praxis der „rein wirtschaftlichen“ Kämpfe. Karl Marx schrieb schon in *Lohn, Preis und Profit*: „Zu gleicher Zeit dürfen die Arbeiter, ganz abgesehen von der allgemeinen Knechtschaft, die mit dem Lohnsystem zusammenhängt, nicht die schließlichen Wirkungen dieses täglichen Kampfes übertreiben. Sie dürfen nicht vergessen, dass sie gegen Wirkungen, aber nicht gegen die Ursachen dieser Wirkungen ankämpfen; dass sie die absteigende Bewegung nur aufhalten, aber nicht die Richtung ändern; dass sie nur Linderungsmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen. Sie sollten daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Guerillakampf aufgehen, der ununterbrochen aus den unaufhörlichen Übergriffen des Kapitals oder den Veränderungen des Marktes entspringt. Sie müssen verstehen, dass das gegenwärtige System bei allem Elend, das es über sie bringt, gleichzeitig die für den wirtschaftlichen Neuaufbau der Gesellschaft notwendigen materiellen Bedingungen und die gesellschaftlichen Formen erzeugt. Statt der konservativen Losung: ‚Einen gerechten Tagelohn für einen gerechten Arbeitstag‘ sollten sie auf ihre Fahnen die revolutionäre Parole schreiben: ‚Abschaffung des Lohnsystems‘.“ Und Marx schrieb weiter: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkt des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ Die kommunistische Gewerkschaftstätigkeit solle daher niemals eine reformistische und/oder rein organisatorische werden, sondern stets dem höheren Ziel der proletarischen Revolution untergeordnet bleiben. Auch sollte die Losung der KommunistInnen nicht Spaltung, sondern Revolutionierung der Gewerkschaften sein. Der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie sollte der Platz streitig gemacht werden, indem sich alle Oppositionsgruppen in einem kommunistischen „Gewerkschaftskomitee“ vereinigen sollten.

Diese Position wurde auf dem 3. Parteitag gegen den Vorschlag einiger Delegierten aus den Hüttenwerken in Donawitz, die für eigene kommunistische Gewerkschaften plädierten, angenommen.¹ Damit konnte, nach mehr als knapp einem Jahr Existenz der KPÖ, ein erster Grundstein zur Bewältigung der Gewerkschaftsfrage gelegt werden.

Vor dem 3. Parteitag machte die KPÖ eine schwere Krise durch, die die Partei an den Rand einer Spaltung trieb. Franz Koritschoner² legte am 1.8.1919 sein Parteivorstandsmandat nieder. Mit August 1919, der Niederlage der ungarischen Räterepublik und dem Scheitern der putschistischen Politik der KPÖ unter der Führung des ungarischen Emissärs Ernő Bettelheim und Franz Koritschoner, erfolgte der Abstieg der Partei. Innerhalb von drei Monaten sank die Mitgliederzahl von mehr als 40.000 auf knappe 10.000; die Parteikasse, die durch ungarische Finanzhilfe aufgefüllt worden war, leerte sich rapide, die Ortsgruppen in den westlichen Bundesländern waren praktisch nicht mehr vorhanden. So war die Ortsgruppe Salzburg am 23. Juni 1919 nach Kritik an der ‚Bettelheimerei‘³ wegen ‚rechter‘ Abweichungen aufgelöst worden. In Linz wechselte der Großteil der Parteimitglieder nach dem 15. Juni (blutige Demonstration in Wien, die ursprünglich von Bettelheim und Koritschoner als Aufstandsversuch geplant war) zur Sozialdemokratie über, die dort ein starkes linkes Programm vertrat. Ähnliches ist in Graz vor sich gegangen und mit knapper Not konnte das gänzliche Verschwinden der Partei aus der Steiermark verhindert werden.

Nur mit Hilfe der Intervention der Kommunistischen Internationale – Karl Radek⁴ rechnete in einer großen Artikelserie in der Zeitung der KPÖ, die *Roten Fahne*, mit Bettelheim ab und die finanzielle Unterstützung der KPÖ aus Moskau wurde abgebrochen, solange nicht völlig mit der ‚Bettelheimerei‘ gebrochen wurde – konnte die Partei auf vermeintlich marxistische Positionen geführt werden, wovon eben der 3. Parteitag das erste Anzeichen war.

Nach dem 3. Parteitag schrieb Lenin: „In Österreich hat der Kommunismus eine sehr schwere Zeit durchgemacht, die anscheinend noch nicht ganz überwunden ist: Wachstumskrankheiten, die Illusion, dass eine Gruppe, die sich zum Kommunismus bekennt, ohne ernstlichen Kampf um den Einfluss unter den Massen zu einer Macht werden könne, Fehlgriffe in der Wahl der Personen (Fehler, die zu Beginn jeder Revolution unvermeidlich sind und deren wir eine ganze Reihe begangen haben). Die Tageszeitung der Kommunisten, die „Rote Fahne“, die unter der

¹ In den *Leitsätzen über die Gewerkschaftsfrage*, die am 30.11.1919 in der *Roten Fahne* publiziert worden waren, wurde erklärt, dass der Kampf gegen „die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie“, wenn es sein muss, „auch außerhalb der Gewerkschaften“ zu führen sei.

² Koritschoner wurde am 23.2.1882 in bürgerlichen Verhältnissen in Wien geboren. Nach dem Besuch der Handelsakademie war er als Bankangestellter tätig. Seit 1909 war er Mitglied im Verband der jugendlichen Arbeiter. Ende April 1916 reiste Koritschoner als Delegierter des "Aktionskomitees der Linksradiكالen", in dem sich Kriegsgegner sammelten, zur zweiten „Zimmerwalder“ Konferenz, die im Schweizer Dorf Kienthal stattfand. Im Jännerstreik 1918 spielte er eine führende Rolle. Von 1918 bis 1925 gehörte er dem Parteivorstand bzw. Zentralkomitee der KPÖ an, 1923 war er kurzzeitig ihr Vorsitzender. Nach dem 3. Weltkongress der Komintern im Jahr 1921 war er für kurze Zeit Mitglied ihres Exekutivkomitees (EKKI). Er übersetzte Werke Lenins, zeitweilig war er auch Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der *Roten Fahne*.

³ Ernő Bettelheim (geboren 30.5.1889; gestorben 18.2.1959) war ein ungarischer Jurist und kommunistischer Funktionär, der im Jahr 1919 von der Regierung Bela Kun als Emissär nach Österreich geschickt wurde, um dort die Führung der KPÖ zu einer revolutionären Machtübernahme wie in Ungarn und Bayern zu drängen. Seine abenteuerliche Politik ging als „Bettelheimerei“ in die Geschichte ein.

⁴ Karl Radek (gebürtig Karol Sobelsohn; Pseudonyme Parabellum und Struthahn; geboren 31.10.1885 in Lemberg, Galizien, Österreich-Ungarn; gestorben vermutlich 19.5.1939 in Nertschinsk, Sowjetunion) war ein kommunistischer Journalist und Politiker, der in Polen, Deutschland und der Sowjetunion wirkte. Radek, der vom Räderwerk des stalinistischen Terrors erfasst worden war, wurde angeblich in seiner Haftzeit in einem sowjetischen Arbeitslager von Mithäftlingen umgebracht, wahrscheinlich 1939.

Redaktion von Koritschoner und Tomann⁵ erscheint, ist ein Beweis dafür, dass die Bewegung einen ernsten Weg einschlägt!“⁶ Ein weiterer Beweis für diese Reifung der KPÖ war eben die Aufnahme einer kommunistischen Gewerkschaftspolitik durch den Beschluss des 3. Parteitag.

Die KPÖ unternahm 1920 keine eigenständigen Aktionen. Nach dem ersten revolutionären Sturm befand sich die Organisation im Zustand der Umgruppierung; es fehlte weiterhin die Bindung zur Industriearbeiterschaft; der Mitgliederschwund hielt an. Diese Periode des „Ausbauens, der Festigung und Stärkung“ wurde mit der Vereinigung mit der ‚neuen Linken‘ abgeschlossen.

DIE ‚NEUE LINKE‘.

Zum ersten Auftreten der ‚neuen Linken‘, der neuen oppositionellen Strömung in der SDAP kam es Anfang 1919. Nach der Debatte um den internationalen Solidaritätsstreik für Räte-Ungarn, der am 21. Juli 1919 stattfand, begann die ‚neue Linke‘ ein eigenes Organisationsgerüst zu errichten: Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Revolutionäre Arbeiterräte“ (SARA) mit dem Organ *Der Arbeiter-Rat*. An der SARA beteiligten sich u.a. Franz Rothe, Josef Frey, Josef Benisch, Käthe Pick⁷, Otto Leichter, Rudolf Goldscheid, Alexander Täubler und Ernst Fabri⁸. Die zentrale politische Aussage von ihr war der Ausbau des Räteystems als Instrument zur Durchsetzung der Diktatur des Proletariats und folglich die prinzipielle Ablehnung der Koalitionspolitik mit den Christlichsozialen einerseits und andererseits der heftige Widerstand gegen die Taktik jener KPÖ-Teile, die die Macht stellvertretend für die Arbeiterklasse ergreifen wollten. Erklärte Ziele der SARA waren die gesamte sozialdemokratische Partei auf eine neue, revolutionäre Grundlage zu stellen und der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Der von der SARA miterzwungene Austritt der SDAP aus der Koalitionsregierung am 10.6.1920 schwächte gleichzeitig die SARA und führte zur Aufgabe der Konzessionsbereitschaft durch den Parteivorstand der SDAP ihr gegenüber. Anlässlich der Nationalratswahlen im Oktober 1920 spaltete sich die SARA wegen der Bündnisfrage mit der KPÖ. Der Verein ‚Karl Liebknecht‘, geführt vom Lehrer Franz Rothe⁹, traf zur Wahl keine klare Aussage. Der Boden der sozialdemokratischen Partei sollte nicht verlassen werden, denn „wir wollen als

⁵ Der aus einer Arbeiterfamilie stammende Karl Tomann (1884 – 1950) wirkte vor 1914 in Österreich als Sekretär der Goldschmiedegewerkschaft. Als Kriegsgefangener in Russland schloss er sich den Bolschewiki an. Im Dezember 1918 kehrte Tomann nach Österreich zurück und war 1919 Mitglied des Parteivorstandes der KPÖ. 1932 wurde er nach Flügelkämpfen aus der KPÖ ausgeschlossen.

⁶ Lenin-Werke Band 30, Seite 350

⁷ Käthe Pick (geboren 20.8.1895; gestorben 17.3.1942 in der NS-Tötungsanstalt Bernburg) war die Tochter des Rechtsanwalts Josef Pick und seiner Ehefrau Charlotte, geborene Rubinstein. Käthe Pick war als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in linken Studentengruppen aktiv und schloss sich der Rätebewegung an. Hier traf sie ihren späteren Mann, den sozialdemokratischen Journalisten Otto Leichter, den sie 1921 heiratete.

⁸ Ernst Fabri wurde 1891 in Wien geboren. Er absolvierte nach der Bürgerschule eine Handelsakademie in Wien und arbeitete dann bis 1920 bei Versicherungen und Banken. Aus gesundheitlichen Gründen musste er im Ersten Weltkrieg nicht an die Front, sondern nur Kanzleidiens tun. Vor dem Ersten Weltkrieg in der SAJ und der SDAP in Wien-Hietzing tätig, trat er mit anderen SP-Linken 1920 in die KPÖ ein. Er war von 1921 bis 1923 Sekretär der Wiener KPÖ und 1920-1923 Mitglied des Wiener Arbeiterrates.

⁹ Weitere Unterstützer waren: Josef Benisch, Eduard Kodal, Rudolf Glanzer, Franz Nowotny, Anton Böhm, Josef Zimmerl, Otto Fischer und Leo Rath.

Linke die sozialdemokratische Partei für den Kommunismus erobern, soweit es geht“. Die ‚Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Sozialdemokraten‘, geleitet von Frey, Fabri und Tober¹⁰, gab als Parole aus: Nur dort, wo rechte, koalitionsfreundliche SozialdemokratInnen aufgestellt werden, KPÖ-KandidatInnen wählen.

Von Seiten der SDAP-Führung wurde daraufhin eine Ausschlussdrohung ausgesprochen, welche beide Gruppen veranlasste, sich wieder zu vereinigen und sie gründeten am 12.11.1920 die Sozialistische Arbeiterpartei-Linke (SAP). Dem konstituierenden Parteitag der SAP, der die Einsetzung eines Verhandlungskomitees mit der KPÖ beschloss, folgte nach Feststellung vollständiger Übereinstimmung mit jener (am 12.12.1920) der kollektive Beitritt auf der Vorkonferenz zum 4. Parteitag der KPÖ (23. - 25.1.1921).

DAS VERHÄLTNIS KPÖ – SAP.

Die KPÖ war eine Frühgeburt. Sie wurde am 3.11.1918 gegründet. Nach Josef Frey¹¹ hätte sie erst 4-5 Monate, mindestens aber 3 Monate später gegründet werden dürfen. Die Frühgeburt hatte eine doppelte Wirkung: Es schlossen sich der Partei bei ihrer Gründung nur Arbeiterinnen und Arbeiter an, die äußerst wenig politische Erfahrung hatten und an die Spitze traten FührerInnen ohne die ‚geringste politische Erfahrung‘. Zweitens aber wurde die Anziehungskraft und Stoßkraft der linken Elemente innerhalb der SDAP geschwächt und das hatte zur Folge, dass die ‚neue Linke‘ dann bei der Loslösung von der SDAP verhältnismäßig Wenige mit sich reißen konnte.

So klein der Zuwachs aber auch war, den die ‚neue Linke‘ mit sich gebracht hatte, sie hatte der Partei doch eine ganze Reihe von Arbeiterinnen, Arbeiter und Führungskader zugeführt, die über eine gewisse politische Erfahrung verfügten. So begann die Partei nach dem Vereinigungsparteitag doch allmählich wieder aufzusteigen. Auf dem Vereinigungsparteitag standen den 50 SAP-Delegierten 118 KP-Wahlmänner gegenüber. Die Debatte beschäftigte sich hauptsächlich mit der nationalen Frage, mit Westungarn (Burgenland) und der Frage nach dem Anschluss an Deutschland. In die engere Leitung wurden Josef Strasser, Johannes Wertheim, Karl Tomann, Siegmund Glaß¹², Fritz Gruber, Franz Koritschoner, Josef Frey, Max Tober und Franz Nowotny gewählt.

DER VEREINIGUNGSPARTEITAG UND DIE GEWERKSCHAFTSFRAGE.

Auf dem Parteitag wurde bedauert, „dass während des gestrigen Tages die Zeit mit einer Frage so lange vertrödelt wurde, so dass für heute für die Gewerkschaftsfrage so wenig Zeit geblieben ist“ und es wurde, als die beiden Alternativanträge – Schluss der Rednerliste und Schluss der Debatte – gestellt wurden, der Antrag auf Schluss der Debatte angenommen. An der Debatte

¹⁰ Weitere Unterstützer waren: Rudolf Detter, Ludwig Fleischmann, Hermann Schöppe (Optikergewerkschaft), Alois Schrott (Graphiker), Karl Wirtl (Buchdrucker), Karl Zabransky und Josef Litschauer (1879-1932; Kaffeekoch).

¹¹ Josef Frey wurde im Jahre 1889 in Strakonitz (heutiges Strakonice/Tschechien) geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und war bis 1914 Journalist der Wiener *Arbeiter-Zeitung*. Bei Kriegsbeginn wurde er als Reserveoffizier eingezogen. Da er die Schranken zwischen Offizieren und Mannschaften ignorierte, wurde er von der k & k Offizierskaste isoliert. Josef Frey zählte in der Zwischenkriegszeit zu den wichtigsten Persönlichkeiten in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. Frey war anfänglich einer der Führer der KPÖ, später Gründer der mit Leo Trotzki sympathisierenden KPÖ (Opposition).

¹² Siegmund Glaß war neben Franz Koritschoner, Julius Lengyel, Dr. Valentin Rosenfeld, Josef Strasser, Dr. Eugen Varga und Dr. Johannes Wertheim auch einer der Vortragenden in der *Kommunistischen Räteschule*.

beteiligten sich außer den Referenten Glaß noch weitere acht Redner (auf dem 3. Parteitag sprachen lediglich Koritschoner und Haidt zur Gewerkschaftsfrage) und es wurden ‚Richtlinien zur Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage‘ angenommen.

Genosse Glaß hielt das Hauptreferat: ‚Gewerkschaften und Betriebsräte‘. Er stellte fest, dass in der abgelaufenen Tätigkeit des kommunistischen Gewerkschaftskomitees der erste Schritt getan wurde. Es ist der KP bereits gelungen, ‚eine Reihe von Betriebsbranchen und Industriegruppen organisatorisch zu erfassen und innerhalb der einzelnen Gewerkschaftsverbände als festgefügte Oppositionsgruppen zu wirken‘. Im Laufe des letzten Jahres wurden über 200 Betriebsgruppen gebildet. ‚Wir haben auf Grund unserer bisherigen Taktik in einer ganzen Reihe von Betrieben festen Fuß gefasst, Betriebsfraktionen gebildet und die Konsolidierung der Partei beruht auf dieser Tatsache. Durch die wirtschaftlichen Erfolge unserer Tätigkeit ist es uns gelungen, einen Großteil von Arbeitern in unsere Reihen zu bringen und es ist Aufgabe der politischen Organisation der Partei, diese Massen festzuhalten und zu wirklichen kommunistischen Kämpfern heranzubilden.‘

Die ‚bisherige Taktik‘, welche die KPÖ in den Gewerkschaften anwendete, war nicht nur, in den bestehenden Gewerkschaften zu verbleiben, sondern innerhalb derselben aktiv tätig zu sein. Doch nicht nur in der Gewerkschaft war es Pflicht einzudringen, sondern auch ‚in allen anderen wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats, die Produktiv- und Konsumgenossenschaften, Krankenkassen usw.‘ In diesen Organisationen dürfe der Kampf nicht nur gegen die opportunistischen Führer geführt werden, sondern ebenso ‚gegen die bestehende Organisationsform und Kampftaktik, gegen den ganzen revisionistischen Geist, der in ihnen herrscht‘.

Doch revolutionärer Klassenkampf heißt nicht die Verpflichtung, ‚immerwährend Aktionen in den Betrieben durchzuführen‘. Diese Meinung sei falsch und kann unter Umständen der eigenen Tätigkeit gefährlich werden. Dieser Hinweis war offensichtlich in Richtung der linksradikalen Tendenz gerichtet, die besonders in den Gewerkschaften Einfluss hatten. Nach einem Zwischenruf führte Gen. Glaß diesen Punkt näher aus: ‚Ja, Genossen, auch ich stehe auf dem Standpunkt, die Aktionen innerhalb der Betriebsarbeiterschaft ununterbrochen fortzuführen und alles anzuwenden, um die Arbeiterschaft in Erregung zu halten, um sie auf die wirtschaftlichen Gegensätze aufmerksam zu machen. Wir müssen aber auch taktisch und vorsichtig und nur dort Aktionen durchführen, wo es die Verhältnisse innerhalb des Betriebes erlauben.‘

Der linksradikale Standpunkt wurde in der Diskussion auch noch in Form des Gedankens einer ‚Roten Sonderorganisation‘ vertreten. Der ehemalige Favoritner Arbeiterrat Grubert vertrat die Ansicht, dass die Gruppe der Heizer und Maschinisten sich nicht den Gewerkschaftsorganisationen angliedern könne, ‚da wir bisher stiefmütterlich von allen behandelt wurden!‘

In seinem Schlusswort betonte daraufhin Gen. Glaß nochmals lang und ausführlich, dass die KommunistInnen alles vermeiden wollen – im Interesse der gewerkschaftlichen Einheit – was momentan zur Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisationen führen könnte. ‚Wir müssen und werden uns mit allen Mitteln wehren, eine Spaltung in den Gewerkschaften aufkommen zu lassen. Andernteils wiederhole ich mit Nachdruck, dass wir unter keinen Umständen unsere Tätigkeit zur Revolutionierung der Gewerkschaften, eine Vorbedingung der proletarischen Revolution, aufgeben werden.‘

Der zweite Schwerpunkt im Hauptreferat des Gen. Glaß war der Betriebsrätefrage¹³ gewidmet. Er beschrieb, dass vielfach die Unternehmer den Betriebsrat als Antreiber der Arbeiterschaft

¹³ Am 29.7.1919 schrieb die *Rote Fahne*: ‚Nach der kommunistischen Idee sind die Betriebsräte dazu bestimmt, sich an die Stelle der Unternehmer in die Betriebe zu setzen; in dem Fabrikbureau, in dem bisher der Kapitalist selbstherrlich waltete, sollen künftig die revolutionären Vertrauensmänner der Arbeiterschaft das Interesse des Proletariats wahrnehmen. Dieser Idee spricht jedoch das Gesetz über die Betriebsräte [welches am 15.5.1919 verabschiedet worden war] Hohn, es ist eine demagogische

verwenden und auch die reformistischen Gewerkschaftsführer betrachten die Betriebsräte gleichfalls als Durchführungsorgan ihrer Interessen. Das Betriebsrätegesetz stecke hierfür den Rahmen ab, indem es hinweist, dass es Aufgabe der Betriebsräte sei, die Interessen des Betriebes zu wahren. Hingegen sei es die Aufgabe der kommunistischen GenossInnen, in den Betrieben darauf zu sehen, „dass die Betriebsräte als Exekutivorgane der Betriebsarbeiterschaft weit über die Betriebsinteressen hinaus für die allgemeinen proletarischen Interessen einzutreten haben. Sie haben entsprechend den jeweiligen Kampfformen die gesetzlichen Schranken zu durchbrechen und ihre Macht im Interesse der revolutionären Bewegung zu stärken (...) Hauptaufgabe der Betriebsräte ist es, den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu führen, die einmünden muss in den politischen Kampf zur Ergreifung der Macht durch das Proletariat.“

Weiters müssten die Betriebsräte straff zentralisiert werden durch Zusammenschluss und Schaffung von Betriebsräteexekutiven und gleichzeitig sollten die Betriebsräte zu einer Gegenmacht der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber ausgebaut werden, indem zwar die Betriebsräte gemeinsam mit der Gewerkschaftsleitung alle wirtschaftlichen Kämpfe führen sollen, aber „die Betriebsräteorganisationen allein hätten das Recht, über die Kampfformen, Kampferweiterungen und Kampfende zu entscheiden und so die Bürokratie auszuschalten“.

Der dritte Schwerpunkt war die Arbeitslosenfrage. Hierzu ist zu bemerken, dass die Arbeitslosigkeit vom 1.1.1919 bis 1.1.1920 von etwa 190.000 auf 70.000 und zur Zeit des Parteitages auf ca. 50.000 sank, wobei aber nur 14.000 staatliche Unterstützung erhielten. Zur Milderung dieses Problems wurde einerseits ein rigoroser Überstundenboykott gefordert und andererseits „unter jeder Bedingung trachten, eventuell die Arbeitszeit zu verkürzen und die Arbeitslosen in die Betriebe einzustellen“.

Das Referat des Gen. Glaß, dem in der Diskussion kaum widersprochen wurde, endete, indem er nochmals die Hauptaufgabe und zugleich schwierigste Aufgabe der bevorstehenden Arbeit umriss. „Genossen, es ist notwendig, dass wir unsere Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften verzehnfachen, die revolutionären Massen organisatorisch erfassen, um sie aus dem geistigen Einfluss der kleinbürgerlichen Ideologie ihrer Führer zu befreien, um sie mit der kommunistischen Tendenz und der revolutionären Klassenkampfaktik vertraut zu machen.“ (Alle Zitate aus: Die Gewerkschaften und Betriebsräte als Klassenkampfinstrumente der proletarischen Revolution, Wien 1921)

ZWISCHEN 4. UND 5. PARTEITAG.

Doch die KPÖ kam nicht zum ruhigen Arbeiten. Die Ereignisse im März 1921 in Deutschland führten auch in der KPÖ zu neuen theoretischen Kontroversen und versetzte die scheinbar konsolidierte Partei in eine neuerliche schwere Krisensituation.

Anfang der zwanziger Jahre gab es in Deutschland genügend explosive Situationen. Im Mansfelder Kohlenrevier in Mitteldeutschland rissen die Geplänkel zwischen den Bergarbeitern und der preußischen Polizei nicht ab. In der Erwartung, dass die verhasste Reichswehr zur Verstärkung der Polizei befohlen würde, um für Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet zu sorgen, standen die ArbeiterInnen in ständiger gespannter Bereitschaft. Die KPD, die kurz zuvor durch die Fusion mit der linken USPD 350.000 neue Mitglieder gewonnen hatte und zur Massenpartei

Verfälschung und Verwässerung des Rätegedankens, in Wirklichkeit gewährt es dem Proletariat keinen Machtzuwachs, denn schon längst bestehen in vielen Betrieben Betriebsräte und die Rechte, die das Gesetz den Betriebsräten zuweist, sind im höchsten Grade minderwertig. Daraus ergibt sich für das Proletariat die Lehre, daß es ohne Rücksicht auf das Betriebsrätesystem, diese Spottgeburt der bürgerlichen Demokratie, in jedem Betrieb den Kampf um die Erweiterung der Rechte gegenüber den Ausbeutern aufnehmen muß. Welches Ergebnis ein solcher Kampf liefern wird, wird großenteils davon abhängen, wie die Betriebsräte zusammengesetzt sind.“

wurde, ging davon aus, dass sich die Mansfelder Unruhe ausbreiten werde, wenn die kommunistische Agitation und die Beispiele mutiger revolutionärer Taten die ArbeiterInnen und Arbeitslosen mobilisierte – die sogenannte „Offensivtheorie“. Aber diese Offensivstrategie kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Da war keine Massenbewegung, lediglich eine Resolution von oben, beschlossen von der Zentrale der KPD.

Zum Kampf kam es dann nur in Mansfeld und Umgebung, wo die Kumpel einen mutigen aber verzweifelten Abwehrkampf führten. Das übrige Land blieb ruhig. Die KPD nahm in ihrer Verzweiflung Zuflucht zu Sabotage, Bombenanschlägen und schlichter Provokation. Arbeitslose wurden zu Sturmbrigaden formiert, die gewaltsam in Fabriken eindringen und die Einstellung der Arbeit erzwingen sollten. Die Folgen waren verheerend und ein innerparteilicher Streit brach in der KPD über die Nützlichkeit der Offensivtheorie aus.

Man kann sich lebhaft vorstellen, dass die KPÖ, die einer ähnlichen Theorie, die der *aktiven Minderheit*, im ersten Jahr ihrer Existenz huldigte, sofort in den Strudel dieser Meinungsverschiedenheiten hineingezogen wurde. Josef Strasser¹⁴, der Chefredakteur der *Roten Fahne*, solidarisierte sich mit Paul Levi¹⁵, einem Führer der KPD, der die Märzaktion als putschistisch kritisierte und wegen Bruchs des demokratischen Zentralismus aus der KPD und der Komintern ausgeschlossen wurde und demissionierte als Chefredakteur. Die Parteivorstandsmehrheit billigte die von der Komintern abgelehnte Offensivtheorie und der Geist Bettelheims geisterte wieder durch die Reihen der KPÖ. Am 15.6.1921 wurde Bettelheim im Zuge der Levi-Diskussion sogar öffentlich rehabilitiert.

Erst auf dem 3. Weltkongress der Komintern (22.6.-12.7.1921) konnte eine gewisse Klärung der schwierigen innerparteilichen Verhältnisse herbeigeführt werden. Ausgehend von einer 'neuen Etappe' in der Entwicklung der Revolution wurde das Zurückfluten des revolutionären Angriffes und die Konsolidierung des Kapitals festgestellt, welches eine neue Taktik notwendig mache: die Einheitsfronttaktik. Die Kommunistische Parteien müssen zuerst die Mehrheit der Arbeiterklasse durch geduldiges und flexibles Anwenden dieser Einheitsfronttaktik erringen, bevor ein neuer Sturm auf die kapitalistischen Bastionen eröffnet werden könne. Das Kapital sei in der Offensive und es gelte die Reihen des Proletariats im Kampf um die Verteidigung seiner sozialen und politischen Errungenschaften zu schließen.

Franz Koritschoner und seine Anhänger lehnten diese neue Linie der Komintern ab und standen eher der linkskommunistischen Strömung innerhalb der Komintern um Amadeo Bordiga¹⁶ aber auch Anton Pannekoek¹⁷ nahe, obwohl sie gleichzeitig die Politik der KAPD (linkskommunistische Abspaltung von der KPD) verurteilten.

Durch die Ablehnung der Linie der Komintern durch den Koritschoner-Flügel veränderte sich ab Herbst 1921, als die Partei bereits nur mehr 4.500 Mitglieder zählte, das Kräfteverhältnis im

¹⁴ Josef Strasser (geboren 11.9.1870 in Krakau, Österreich-Ungarn; gestorben 15.10.1935 in Wien) war ein sozialistischer Politiker, Journalist und marxistischer Theoretiker im Habsburgerstaat und in der ersten Republik. Strasser trat 1919 der KPÖ bei und übernahm dort – mit Unterbrechungen – bis 1929 die Leitung der Parteipresse. Im Zuge der stalinistischen Säuberungswellen schließlich kaltgestellt, wenn auch nicht ausgeschlossen, starb Strasser 1935 in politischer und menschlicher Isolation.

¹⁵ Paul Levi (geboren 11.3.1883 in Hechingen; gestorben 9.2.1930 in Berlin) war Rechtsanwalt und ein linkssozialistischer Politiker. Neben Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. war er einer der Mitbegründer der KPD und von März 1919 bis 1921 deren Vorsitzender, bevor er aufgrund innerparteilicher Differenzen aus der Partei ausgeschlossen wurde, darauf in die USPD ging und wenig später wieder in die SPD zurückkehrte.

¹⁶ Amadeo Bordiga (geboren 13.6.1889 in Resina, Provinz Neapel; gestorben 23.7.1970 in Formia) war Gründer und erster Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens.

¹⁷ Anton Pannekoek (geboren 2.1.1873 in Vaassen; gestorben 28.4.1960 in Wageningen) war ein international anerkannter niederländischer Astronom, Astrophysiker und bedeutender Theoretiker des Rätekommunismus.

Parteivorstand der KPÖ zugunsten Josef Freys, während Karl Tomann zwischen den politischen Gruppen lavierendes Parteizentrum blieb. Josef Frey wurde zum Motor der Parteiorganisation. Der Status einer Propagandagruppe sollte überwunden werden, die Verbindung zur Betriebsarbeiterschaft hergestellt werden. Weiters strebte man finanzielle Unabhängigkeit von der Komintern an.

EINHEITSFRONTVERSUCHE.

Zunehmend rückte die katastrophale wirtschaftliche Finanzlage Österreichs, insbesondere die verzweifelte Lage der Arbeiterklasse in Österreich, immer mehr in den Vordergrund. Die Lebenshaltungskosten einer Durchschnittsfamilie betragen gegenüber 1914 das 2.645-fache. Das führte am 1.12.1921 zu spontanen Aktionen der Wiener Arbeiterschaft.

Der 1.12.1921 war ein verzweifelter Versuch der Arbeitermassen Wiens gegen diese Verelendung anzukämpfen. „Infolge der spontanen, führerlosen Demonstration der Arbeiterschaft am 1. Dezember, die sich gegen die fortschreitende Teuerung richtete und an die sich bekanntlich Demolierungen und Plünderungen der zum äußersten aufgebracht Masse anschlossen, richtete die KPÖ an die Sozialdemokratische Partei die Aufforderung, den unorganisierten Ausbruch der Masse in eine organisierte Aktion des österreichischen Gesamtproletariats gegen jede weitere Belastung und Verelendung der Arbeiterschaft zu überführen.“ (Aus: Protokoll des 5. Parteitag der KPÖ)

Die sozialdemokratische Führung lehnte dies jedoch ab. Unterstützt von zahlreichen sozialdemokratischen Mitgliedern und Betriebsfunktionären führte nun die KPÖ durch zwei Monate hindurch alleine eine Kampagne für die bedingungslose Freilassung der Opfer vom 1. Dezember.

DER 5. PARTEITAG DER KPÖ

Am 25. - 27.3.1922 fand der 5. Parteitag der KPÖ statt. Der Hauptpunkt war die Diskussion um ein neues Organisationsstatut, das von Josef Frey vorgelegt und durchargumentiert wurde. In der Gewerkschaftsfrage gab es eine wichtige Weiterentwicklung, die auf die Beschlüsse und Richtlinien des 1. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI)¹⁸ zurückging. Es wurde nämlich nach der Rückkehr der Delegierten vom 1. RGI-Kongress eine „vollständige Umstellung der bis dorthin geschaffenen kommunistischen Betriebs-, Branchen- und Industriefraktionen vorgenommen. Die organisatorischen Arbeiten der Gewerkschaftsabteilung sind seitdem in dieser Richtung eingestellt und werden nicht nur die kommunistischen Genossen zu Fraktionen gebildet, sondern alle innerhalb der Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeiter zu oppositionellen Gewerkschaftsgruppen zusammengefasst.“ (Gen. Glaß, Protokoll des 5. Parteitag). In den verabschiedeten ‚Richtlinien zu den nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben‘ hört sich das folgendermaßen an: „Zur Verwirklichung all dieser Aufgaben ist es unbedingt notwendig, innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen festgefügte revolutionäre Oppositionsgruppen, unbekümmert der politischen Richtung zu organisieren ...“

Nachdem also die KommunistInnen in den Betrieben und den Gewerkschaften Fuß gefasst, dort Fraktionen und Zellen gebildet hatten, ging man daran, alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die

¹⁸ Die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI), (*RILU/Red International of Labour Unions* / oder in der russischen Abkürzung „*Profintern*“) war ein internationaler kommunistischer Gewerkschaftsdachverband. Sie wurde in Moskau gegründet (Gründungskongress vom 3. bis 19. Juli 1921). Einer der drei Generalsekretäre und bedeutender Theoretiker war Solomon Losowski, die beiden anderen Andres Nin und Michail Pawlowitsch Tomski. Ende Dezember 1937 wurde die RGI statutenwidrig (nur ein RGI-Kongress wäre hierzu befugt gewesen) und ohne diesen Schritt öffentlich zu machen vom Komintern-Sekretariat aufgelöst, das RGI-Vermögen fiel an die Komintern.

gewillt waren, den Kampf gegen Inflation und sich verschlechternde Lebensbedingungen zu führen, zusammenzufassen in gewerkschaftliche Oppositionsblocks, die organisatorisch von der KPÖ selbständig waren und in denen die KPÖ versuchte, mit dem Mittel der politischen Einflussnahme die notwendigen revolutionären Positionen zur Annahme zu bringen. Als Aktionsplattform galt der Kampf gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen.

Diese gewerkschaftlichen Oppositionsblocks stellten einen Versuch dar die Methode der Einheitsfrontpolitik auf gewerkschaftlichem Gebiet anzuwenden. Während der Appell an die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften die Anwendung der Einheitsfront von oben ist, so war die Organisierung der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder, ungeachtet ihrer politischen Anschauung, das zweite Standbein dieser Taktik: die Einheitsfront von unten.

Am 4. Weltkongress der Komintern vom 1.11. - 1.12.1922 wurde dasselbe Problem ebenfalls behandelt. Der Vorsitzende der RG1 – Solomon Losowski – erläuterte am Beispiel Englands, wo ähnlich wie in Österreich nur eine sehr kleine kommunistische Partei existierte, dass es äußerst schädlich wäre, „wenn die Partei bestrebt sein würde, sich nur auf ihre kleinen Parteizellen zu beschränken. Hier muss die Schaffung einer großen oppositionellen Gewerkschaftsbewegung angestrebt werden. Es muss dahin kommen, dass unsere kommunistischen Gruppen einen Kristallisationskern bilden, um den sich die oppositionellen Elemente sammeln. Man muss die gesamte Opposition ins Leben rufen, muss ihr eine Form geben, muss alle ihre Teile sammeln und infolge des Anwachsens der Opposition wird auch die Kommunistische Partei selbst wachsen. Zwischen der Parteiorganisation und der Opposition – die ihrem ganzen Wesen nach mannigfaltig und aus verschiedenartigen Elementen besteht – muss eine solche Wechselbeziehung hergestellt werden, dass den Kommunisten nicht der Vorwurf gemacht werden kann, als wollten sie sich die gesamte oppositionelle Bewegung mechanisch unterordnen.“ (Protokolle des 4. Weltkongresses der KI, Seite 462)

Die KommunistInnen müssten also die Initiative ergreifen innerhalb der Gewerkschaften einen Block mit den revolutionären Arbeiterinnen und Arbeitern anderer Richtungen zu schaffen.

VERSUCHE DIE TAKTIK DER EINHEITSFRONT ANZUWENDEN.

Nach dem 5. Parteitag setzte die KPÖ dann dementsprechend ihre Kampagne gegen die Teuerung unter den Zeichen der Einheitsfront fort, oppositionelle Gewerkschaftsblocks wurden in Betrieb, Branche und Industrie gebildet und zusammengefasst.

Zur Problematik der Arbeitszeit kam es dann endlich zu einer Einheitsfront mit der Sozialdemokratie. Auf kommunistische Initiative fand eine Protestkundgebung unter den Parolen „Für den 8-Studentag! Für die Einheitsfront!“ statt und der Aufmarsch gestaltete sich zur mächtigsten Kundgebung der Nachkriegszeit. Die ‚rote Nelke und der Sowjetstern‘ marschierten gemeinsam. Vom Erfolg ermutigt, forderte die KPÖ gemeinsame Mai-Veranstaltungen, was die SDAP nach anfänglichen Unsicherheiten ablehnte. Trotzdem wurde am 1. Mai in vielen Orten gemeinsam demonstriert.

In den folgenden Streikbewegungen kündigte sich erneut der Ausbruch der nie bereinigten Parteidifferenzen innerhalb der KPÖ an und diese wurden durch die Ereignisse um die „Seipel-Sanierung“ noch weiter angehetzt. Diese „Sanierung“ bot mittels einer Völkerbundanleihe der Inflation Einhalt und als Gegenleistung die Unterstellung des ganzen Staates, eines Großteils der Privatwirtschaft und der Nationalbank unter die Kuratel eines Völkerbundkommissars. Österreich wurde dem Diktat der Entente-Kapitals ausgeliefert. Otto Bauers erster Gedanke nach der Lektüre der Genfer Protokolle war: „Das müssen wir verhindern, koste es was es wolle.“ Aber der zweite Gedanke war bereits: Kampf gegen die ‚Seipel-Sanierung‘ als loyale Opposition der bürgerlichen Regierung, was konkret hieß: Stimmenthaltung im Parlament bei der Annahme der entsprechenden Gesetze, die die SDAP hätte zu Fall bringen können.

Die KPÖ hingegen leitete ihre Kampagne gegen den Genfer-Vertrag von langer Hand ein und versuchte ihn nach den Regeln der Einheitsfronttaktik durchzuführen. Die KPÖ war von vornherein entschlossen, wenn die Sozialdemokratie den Kampf im entscheidenden Augenblick ablehnt, diesmal selbständig als Partei zur Aktion zu schreiten. Die Rathausversammlung am 12.10.1922 bildete den eigentlichen Auftakt zu dieser Aktion. Josef Frey nannte dort in einer Rede für die Aktion folgende Losungen: „Gegen den Sklavenvertrag! Gegen den Pfaffenraubplan! Gegen die Aushungerung des Proletariats durch Steuern, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit! Brot und Arbeit den Arbeitslosen! Gegen die Ausschaltung der Massen von der Gesetzgebung und Verwaltung, gegen den neuen §14! Für die Sanierung auf Kosten der Besitzenden!“

Die Aktion wurde am 25.11.1922 durchgeführt und hatte den Charakter einer Protest- und Demaskierungsaktion zugesprochen gekriegt. Im Parteivorstand zwei Tage vorher erklärte Josef Frey: „Wir Kommunisten müssen den Massen den Verrat der Sozialdemokratie durch die Aktion in den Kopf hämmern und vor allem, wir Kommunisten müssen uns selbst und dem ganzen Proletariat sinnfällig beweisen, dass die dreijährige Isolierung der Kommunistischen Partei von den Massen durchbrochen ist... Wir müssen uns und dem Proletariat beweisen, dass die KPÖ den Kontakt mit der Masse endlich gefunden hat, dass wenn die KP zur Aktion ruft, nun nicht mehr nur die Kommunisten kommen, sondern darüber hinaus 10.000, 20.000 und noch mehr Proletarier.“

Die Demonstration fand dann schließlich bei der Votivkirche statt. Die Aktion verlief „großartig und mit beeindruckendem Erfolg für die Partei“. 30.000 demonstrierten, die größte eigenständige Aktion der KPÖ seit 1919.

Nach der Genfer Aktion trat eine kurze Zeit der Entspannung ein, worauf die Aktion der Partei zur Unterstützung der Arbeitslosenaktion am 10.12.1922 folgte. Es wurde beschlossen, die Arbeitslosenbewegung noch 14 Tage hinzuziehen und sie dann nach gründlicher Vorarbeit in eine Aktion ausmünden zu lassen. Ins Auge gefasst wurde eine Demonstration, da „eine Aktion, die den Charakter einer Demonstration überschreitet, in der gegenwärtigen Situation der lauernen Reaktion die gewünschte Gelegenheit bieten würde, nicht nur die Arbeitslosen blutig niederzuwerfen, sondern sich auch der revolutionären Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei, für längere Zeit zu entledigen.“ (Aus: Resolution des Parteivorstandes vom 8.12.1922)

Die Resolution endete mit dem Satz: „Die Partei kann nicht zwei Zentralen haben: die Gewerkschaftsabteilung und den Parteivorstand. Die Zentrale der Partei ist der Parteivorstand, alle anderen zentralen Organe der Partei sind Hilfsorgane des Parteivorstandes und diesem untergeordnet.“ Mit diesen Sätzen sind die kommenden Fraktionsauseinandersetzungen und deren Frontstellung vorweggenommen.

In dieser Parteivorstandssitzung am 8. Dezember kam es über das Verhalten mehrerer Parteivorstandsmitglieder - nämlich Gen. Tomann, Koritschoner und der Metallarbeiter Jakob Riehs - zur Arbeitslosenaktion zu ernststen Auseinandersetzungen. Der erste Differenzpunkt handelte darum, dass die KP nicht ihr Gesicht verberge, sondern dass sie sich vollkommen offen hinter die Arbeitslosenaktion stellen muss.

Der zweite Punkt war, dass solch eine Aktion, die nach der *Roten Fahne* vom 3. Dezember ein „Kampf mit allen und den letzten Mitteln“ nur sein kann, soll sie den Arbeitslosen wirklich helfen, nur vom Parteivorstand oder politischen Büro beschlossen, eingeleitet und geführt werden könne. Die Ankündigung in der *Roten Fahne* ist aber ohne Wissen des Parteivorstandes gemacht worden, widersprach auf das schärfste der bisherigen Taktik der Partei und ließ Vermutungen zu, dass neben dem Parteivorstand die kommunistische Fraktion im Gewerkschaftsrat – Tomann, Koritschoner, Riehs – sich als selbständiges Aktionszentrum etablieren wollte.

Bei der Abstimmung der Resolution von Josef Frey stimmte Riehs dagegen und Tomann und Koritschoner enthielten sich der Stimme. Aufgrund des Abstimmungsverhalten von Tomann und Koritschoner wurde nun die Diskussion zur Gewerkschaftsfrage eröffnet. Eine verstärkte

Sammeltätigkeit für den gewerkschaftlichen Kampffond, die auf Kosten der Sammlungen für die Partei ging, bestärkte noch dazu die Mehrheit des Parteivorstandes in ihrem Beschluss, die Gewerkschaftsfrage aufzurollen und die nächste Krise der KPÖ konnte ihren Lauf nehmen. An der Gewerkschaftsfrage ist der Streit im Herbst 1922 entbrannt, zu einer Zeit, wo die Partei 10.000 wirkliche Mitglieder hatte und alleine in Wien 25.000 Sympathisierende, die dem Ruf der Partei in die Aktion gegen den Genfer-Vertrag folgten. Auf diesem Höhepunkt begann die Krise.

DIE GEWERKSCHAFTSFRAGE – DER BEGINN DER KRISE DER KPÖ.

„Es gibt unter uns schwere politische, taktische und organisatorische Meinungsverschiedenheiten“, sagte Josef Frey auf der Sitzung der Reichsvertretung (Zentralausschuss) am 15.1.1923. Aber die Differenzen waren 1922/23 noch ziemlich schwer auszumachen. Die Komintern vertrat sogar bis zum 6. März 1925 die Position, dass es sich in der KPÖ um persönliche Differenzen handelte. Erst mit der Erringung der Mehrheit durch die ‚Linken‘ auf dem 6. Parteitag der KPÖ im März 1923 und der darauffolgenden Praxis traten die Differenzen klar und deutlich zutage.

Die Parteiminderheit um Koritschoner und Tomann hatte sich im Gewerkschaftsrat verschanzt und sie versuchten tatsächlich, eine ‚Partei in der Partei‘ aufzubauen, was natürlich den organisatorischen und politischen Richtlinien der Kommunistischen Parteien grundsätzlich widersprach. Politischer Hintergrund dieser Bestrebungen war die Tatsache, dass die ‚linke‘ Parteiminderheit die Einheitsfronttaktik, wie sie auf dem 3. Weltkongress der KI entwickelt worden war, ablehnte und stattdessen die Einheitsfront nur von unten predigte. In der Praxis lief dies sowohl auf linke als auch auf rechte Abweichungen in Theorie und Praxis hinaus.

Als Mitte 1923 zum Beispiel die revolutionären Straßenbahner vor der Frage standen: Bildung einer organisierten, revolutionären Opposition innerhalb des Transportarbeiter-Verbandes oder Gründung einer selbständigen revolutionären Straßenbahnerorganisation und tatsächlich die revolutionären Straßenbahner je nach Einstellung sich zu gruppieren begannen, da wollten Tomann und Koritschoner nicht entscheiden, was zu tun sei, wollten nicht führen, sondern ihr leitender Gesichtspunkt war, nur nicht den Zusammenhang verlieren mit einer der beiden Gruppen. So blieben die beiden Gruppen sich selbst überlassen, handelten nicht einig, ein Teil gründete den Revolutionären Straßenbahnerverband, der andere Teil blieb im Transportarbeiter-Verband. Und so ist schließlich die ganze Bewegung nach 1 1/2 Jahren vollkommen im Sumpf gelandet.

Tomann und Koritschoner kämpften nicht mit offenem Visier und ihre Politik als Minderheit könnte man folgendermaßen charakterisieren: ‚Wir, die Parteivorstandsmitglieder, anerkennen prinzipiell die Unterordnung der Spitzenfraktion und der darin befindlichen Parteivorstandsmitglieder unter den Parteivorstand, aber solange ihr die Mehrheit seid, also diesem Parteivorstand in seiner konkreten personalen Zusammensetzung, werden wir uns nicht beugen.‘

Die Parteimehrheit um Frey wurde mit einer Art Boykott von Seiten der Minderheit belegt, die gleichzeitig versuchte, ihre politische Vorstellung in ihrem Einflussbereich – der Gewerkschaftspolitik der KPÖ – durchzusetzen. Gegen den zweiten Punkt wehrte sich die Parteimehrheit mit aller Entschiedenheit und sie eröffnete die offene Auseinandersetzung am 15.12.1922 auf der Parteivorstandssitzung.

Es ist schon oben erwähnt worden, dass die Minderheit plötzlich die Sammlungen für den gewerkschaftlichen Kampffond aufs äußerste forcierte. Tomann soll sogar den Führer der StraßenbahnerInnen – den gelernten Buchdrucker Alois Ketzlik¹⁹ – aufgefordert haben, das gesamte

¹⁹ Alois Ketzlik, geboren 23.11.1886, flüchtete 1933 in die Sowjetunion, wurde am 4.2.1938 in Moskau als Spion verhaftet und am 20.8.1938 erschossen.

gesammelte Geld dem Gewerkschaftsrat zu geben, da „die Partei ohnehin genug hat“. Die bisher geübte Praxis war, die eine Hälfte für die Partei und die andere Hälfte für den Gewerkschaftsrat.

Am 15.12.1922 wurde nun folgende Resolution zu den finanziellen Fragen von Josef Frey vorgelegt. Wir veröffentlichen im Folgenden die gesamte Resolution, weil im Brief des EKKI der Komintern vom 22.1.1923 auch auf diese Resolution Bezug genommen wird.

„a) Sammlungen bei Parteiveranstaltungen durch den Parteivorstand, die Gewerkschaftsabteilung, die Soldatengruppe, Frauengruppe, Tschechengruppe etc., die Landesorganisation, Lokalorganisation, Lokalorganisation, Betriebs- und Branchenfraktionen, Komitees etc. gehören der Partei.

Nur Sammlungen der Oppositionsblocks fließen in den Kampffond des Gewerkschaftsrates. Die Kommunisten innerhalb der Oppositionsblocks sind jedoch verpflichtet, die Verwendung dieser Gelder im Sinne der Partei anzustreben.

Bei Anstellungen hat die Kommunistische Fraktion innerhalb der Oppositionsblocks durch die Gewerkschaftsabteilung dem Parteivorstande Vorschläge zu unterbreiten.

b) Die formelle Verwaltung der gesamten Gelder des Gewerkschaftsrates erfolgt durch den Kassier des Gewerkschaftsrates. Die gesamten Gelder des Gewerkschaftsrates sind in Verwahrung und Verwaltung des Reichskassiers (Reichskassiererin), der (die) darüber ein ganz separates Konto führt (Parteiintern).

c) Aus den Geldern des Gewerkschaftsrates dürfen ohne Zustimmung des Parteivorstandes keine personellen Posten gedeckt werden. Die Gelder des Gewerkschaftsrates dürfen ansonsten nur verwendet werden zur Deckung von Kampfkosten, dagegen nicht verwendet werden zur Deckung von Kanzlei-, Agitations- und Propagandakosten, wenn nicht vorher die Zustimmung des Parteivorstandes hierzu eingeholt wurde. Sämtliche Personal und Kanzleikosten, alle Reisespesen und Diäten in Wien und der Provinz trägt für alle Abteilungen der Partei die Reichskassa.

d) Die Kontrolle über die gesamte Kassagebarung und die gesamten Gelder der Gewerkschaftsrates übt die Reichsrevisionskommission aus. (Parteiintern)

e) Leitender Grundsatz bei allen Sammlungen muss sein in erster Linie die Finanzen der Partei zu stärken. Andererseits stellt der Parteivorstand fest, dass bei der gegenwärtigen Wichtigkeit der Gewerkschaftsarbeit ein der finanziellen Lage der Partei entsprechender Teil der finanziellen Kraft der Partei der Gewerkschaftsbewegung zugewendet werden muss.“

Soweit also die Resolution des Gen. Frey, die in sehr überspitzter Form versucht, die Differenzen innerhalb der Partei auf einen Nenner zu bringen. Diese Resolution wurde gegen die Stimme des Gen. Rihs und bei Stimmenthaltung der Gen. Tomann, Koritschoner und der Genossin Anna Ströhmer angenommen.

Die Parteimehrheit erkannte, dass sie mit dieser Resolution zu weit gegangen ist (siehe dazu Brief des EKKI an die KPÖ); sie akzeptierte die Meinung des EKKI zu diesem Punkt und es wurden auch neue Anträge ausgearbeitet, die darauf bedacht waren, den Beschluss vom 15.12 abzuschwächen.

In der Parteivorstandssitzung vom 2.1.1923 lagen dann zwei neue Anträge vor. Einer von der kommunistischen Fraktion des Gewerkschaftsrates (Tomann / Koritschoner), der andere von Josef Frey. Das Ergebnis der schwierigen Beratungen war dann schließlich eine Zusammenfassung beider Anträge unter Ausschaltung der Differenzen und wir haben die zusammengefassten Anträge, mit dem Titel „Beschlüsse des Parteivorstandes in Bezug auf die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen der kommunistischen Fraktion im Gewerkschaftsrat und dem Parteivorstand“ im Dokumentenanhang wiedergegeben und wollen deshalb auch nicht näher darauf eingehen.

Was blieb nun noch von den Differenzpunkten, die Gewerkschaftsfrage betreffend, übrig?

„Differenzpunkte waren nunmehr zwei vorhanden:

1) Wollen wir bei unserer Gewerkschaftsarbeit uns leiten lassen von der Losung Massenpartei oder von der Losung kommunistische Massenpartei?

2) Und vor allem: besteht zwischen der kommunistischen Spitzenfraktion und den ihr angehörigen Parteivorstandsmitgliedern einerseits und dem Parteivorstand andererseits das Verhältnis der Nebenordnung oder das Verhältnis der Unterstellung. Insbesondere auf die Frage der Aktionen bezogen: Gibt es in der KP zwei Aktionszentren oder nur ein Aktionszentrum?“ (Aus: Brief der KPÖ an das EKKI, 2. Jänner 1923)

DIE ILLEGALE FRAGE.

Die KPÖ rechnete damit, dass im Zusammenhang mit der Arbeitslosenaktion am 10.12.1922 es zu schwersten Zusammenstößen und zur Illegalität kommen werde und die Partei, traf deshalb in einer streng vertraulichen Sitzung Maßnahmen für den Fall der Illegalität.

Doch auch die Parteiminderheit traf Vorsorge für den Fall der Illegalität und zwar ohne den Parteivorstand davon zu verständigen. So bestimmte Koritschoner, sollte der Chefredakteur der *Roten Fahne* verhaftet werden, Gen. Schlesinger zu seinem Nachfolger. Weiters baute Koritschoner eine von der Parteiorganisation isolierte illegale Organisation mit überwiegend militärischem Charakter auf und gab den Auftrag, dass alle Mitglieder dieser illegalen Organisation ihre Funktion in den Lokalorganisationen niederlegten, was tatsächlich eine große Anzahl von Kommunisten in allen Wiener Organisationen auch dann machten. All dies machte Koritschoner – wie schon erwähnt – ohne dafür die geringsten Vollmachten vom Parteivorstand zu haben. So musste zwangsläufig die illegale Frage auf die Tagesordnung des Parteivorstandes gesetzt werden und am 27. Dezember wurde Koritschoner beauftragt Thesen über die illegale Arbeit zu schreiben, welche er am 1. Februar vorlegte. In diesen Thesen vertrat Koritschoner die faktische Ausschaltung des Parteivorstandes, indem er u.a. vertrat, dass der Leiter der illegalen Organisation und des illegalen Ressorts nur alle drei Monate dem Parteivorstand Bericht zu erstellen habe.

Die innerparteiliche Diskussion spitzte sich zusehends um die beiden Punkte – Gewerkschaften und illegale Partei – zu und nachdem eine Klärung durch mündliche Diskussion nicht herbeigeführt werden konnte, wurde die

DISKUSSION IN DER ROTEN FAHNE

eröffnet, welche erst den ernsten und grundsätzlichen Charakter der Differenzen aufzeigte. Josef Frey entwickelte in seinem Beitrag in der *Roten Fahne* die Perspektive, dass sich die Lage zu gewaltsamen Lösungen zuspitzt, die österreichische Bourgeoisie objektiv zur gewaltsamen Lösung der österreichischen Krise, zu Faschismus und aktiver Teilnahme an imperialistischen Abenteuern vorwärtsgetrieben wird. Um zu verhindern, dass Zehntausende verzweifelte Proletarier dem Faschismus in die Hände getrieben werden, ist der Kampf für rascheste und ausgiebigste Hilfe für die Arbeitslosen notwendig. Um sich weiters gegen den Faschismus wehren zu können, muss die Losung: Bewaffnung des Proletariats unermüdlich propagiert werden und die proletarischen Ordnerwehren müssen ausgebaut werden zu einer Massenorganisation aller waffenfähigen Proletarier. Alle dazu geeigneten Kommunisten müssen in diese hinein, um die Verwendung der Ordnerorganisationen gegen links zu verhindern und zur Verwendung dieser Organisationen nach rechts zu drängen. Um an die Massen heranzukommen, ist in der gegenwärtigen Zeit „die Arbeit in den Gewerkschaften das aussichtsreichste Mittel“. Der Kampf für Lohn, Arbeitszeit usw. dient nicht nur, um die Lebenslage der Arbeiter zu bessern, sondern vor

allem, um den Arbeitern in diesem Kampf zu zeigen, dass sie über die Lohnkämpfe hinaus zur Eroberung der Macht vorwärtsschreiten müssen.

Tomann hingegen widersprach der Gefahr vom Faschismus und erklärte, dass die Lage der Arbeitslosen nicht so dramatisch sei wie Frey es schildert. Es gäbe keine Ausgesteuerten (in Wirklichkeit bekamen damals mehr als 20.000 Arbeitslose seit mehr als einem Jahr keinen Heller.) und es bestehe keine Gefahr, dass sie vom Faschismus gewonnen werden. Tomann schlug vor, eine eigene kommunistische Ordnerorganisation aufzubauen und reduzierte die Gewerkschaftsfrage, indem er die Aufgaben der Arbeit in den Betrieben auf nur gewerkschaftliche Probleme beschränken wollte. Er beendete seinen Artikel damit, dass er erklärte, er sehe überhaupt keine Differenzen, die ihn von Frey trennen, warf ihm gleichzeitig aber vor, ein Intellektueller zu sein, „der nichtkommunistische Politik macht“.

Die Parteimehrheit forderte das Exekutivkomitee der Komintern in ihrem Antwortbrief auf das Schreiben der Komintern auf, zu den Parteidifferenzen Stellung zu nehmen und diese noch vor dem 6. Parteitag, der am 3.3.1923 zusammentreten sollte, der Partei zu übermitteln. Die Parteimehrheit um Frey beteuerte, dass – egal wie die Entscheidung der Komintern ausfallen werde – sie sich dem Beschluss fügen werde.

DER 6. PARTEITAG DER KPÖ (3.3.1923).

brachte den Sieg der Linken um Tomann / Koritschoner, außer denen noch Riehs, Mayer, Ketzlik, Anna Ströhmer, Paukert, Hoschek, Fiala und als neue Minderheitsvertreter Richter und Friedländer in den Parteivorstand gewählt wurden. Überraschend ist, dass Frey für die Resolution Tomann / Koritschoner stimmte, was eventuell darauf hinweist, dass die Komintern ihre Entscheidung noch vor dem Parteitag zu Gunsten der Linken getroffen hatte und Frey sein Bekenntnis zur „unbedingten Fügung“ einlöste.

Fest steht, dass die Parteilinke sowohl von allen Fraktionen der KP Ungarns, als auch beim Referenten in österreichischen Fragen bei der Komintern – Alois Neurath²⁰ – Unterstützung gefunden hatte. Neurath hat offen zugegeben, dass er in der österreichischen Frage vom ersten Augenblick an parteiisch gehandelt hat. Bezüglich der Komintern-Vertreter bei der österreichischen Partei sagte Frey, dass noch nie ein Kranker von seinen Ärzten so misshandelt worden ist, wie die KPÖ von den verschiedenen Komintern-Vertretern. Österreich und die KPÖ waren zu klein und unbedeutend, als dass ein Führer in Moskau irgendeiner KP sich die österreichischen Dinge näher unter die Lupe nahm. Die KPÖ wurde so zum Tummelplatz der linksradikalen Tendenzen innerhalb der Komintern.

AUSBLICK: DER ÖSTERREICHISCHE OKTOBER.

Während in Deutschland eine sogenannte ‚rechte‘ Zentrale unter Heinrich Brandler²¹ und August Thalheimer²² die Kommunistische Partei zur ‚Oktoberniederlage‘²³ führte, so war in der

²⁰ Alois Neurath war ein sudetendeutscher Kominternfunktionär. Neurath war Gründungsmitglied der deutschen Sektion der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei und ab 1921 ihr Vorsitzender. Zudem wurde er Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern, wo er Sinowjew unterstützte.

²¹ Heinrich Brandler (geboren 3.7.1881 in Warnsdorf; gestorben 26.9.1967 in Hamburg) war ein kommunistischer Politiker. Er war 1918 Gründungsmitglied der KPD und von 1921 und 1923 einer von zwei Parteileiter.

²² August Thalheimer (geboren 18.3.1884 in Affaltrach, Württemberg; gestorben 19.9.1948 in Havanna) war ein deutscher kommunistischer Politiker und Theoretiker.

²³ Der Begriff „Deutscher Oktober“ bezeichnet den Plan des Exekutivkomitees der Komintern, die Staatskrise der Weimarer Republik auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1923 für einen bewaffneten Umsturz in Deutschland auszunutzen. Nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 wollte die KPD die Macht erobern und damit das Signal zur Revolution in Mitteleuropa geben. Die Revolution,

KPÖ das Kräfteverhältnis umgekehrt: Die Linke hatte das Sagen und Tun und es wurden sofort nach dem 6. Parteitag sämtliche ‚rechten‘ Anhänger mechanisch von jeder Berührung mit dem Parteiapparat ferngehalten. Ein bürokratischer Zentralismus hielt Einzug, jedes Parteileben erstarb. Innerhalb sechs Monate verlor die Partei einen großen Teil ihrer Sympathisierenden, die Hälfte ihrer Mitglieder, die Hälfte der Abonnenten der *Roten Fahne* und die revolutionären Blocks in den Gewerkschaften führten ein kümmerliches Dasein. So trat die Partei an die Wahlen zum Nationalrat heran. Die ‚Rechte‘ schlug vor, dass die Partei ihre Wahloffensive taktisch geschickt vorbereiten müsse. Sie schlug folgende Anwendung der Einheitsfronttaktik vor: Unter den Losungen „Alle Lasten auf die Bourgeoisie“, „Bewaffnung des Proletariats“, „Nieder mit der Kapitalistenregierung“, „Schluss mit der Koalitionspolitik“, „Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung“ sollte eine breit angelegte Kampagne eingeleitet werden. Öffentliche, in den Betrieben gut vorbereitete Aufforderungen an die SP, für diese Losungen mit der KP gemeinsam zu kämpfen, müssten gemacht werden und wenn die SP öffentlich darauf eingeht, das Angebot, für dieselben Losungen gemeinsam mit ihr den Wahlkampf durchzuführen. Dieses Angebot hätte aller Voraussicht nach die SP abgelehnt. Sie wäre dadurch in der damals entscheidenden Lastenfrage – dem Genfer Vertrag – und zugleich in der Regierungsfrage demaskiert worden. Die Kommunistische Partei hätte eine klare Plattform gehabt.

Die ‚Linke‘ bezeichnete diese Taktik als „menschewistisch“, denunzierte sie als den Versuch eines Bündnisses mit der SP. Angeblich war aber die große Mehrheit der Partei für diese Taktik und die ‚Linke‘ löste sogar die zentrale Vertrauensmänner-Versammlung vor der Abstimmung auf, um den Mehrheitsbeschluss der Vertrauensmänner zu verhindern. In Moskau wurde für die ‚linke‘ Taktik entschieden.

Die Partei rannte ohne jede taktische Vorbereitung im direkten Frontalangriff vor und es kam eine niederschmetternde Wahlniederlage heraus. Die Verantwortung für die Wahlniederlage – nur 20.000 Stimmen, um 5000 weniger als 1920 – lastete auf der ‚Linken‘. Die Position der Tomann / Koritschoner Zentrale war unhaltbar. Die Frey-Gruppe konnte wieder die Mehrheit in der Mitgliedschaft erringen. Aber sie konnte das bürokratische Regime in der nun ‚bolschewisierten‘ KP nicht überwinden und an die Parteispitze zurückkehren. Ein Jahr hatte sie die Gelegenheit, ihre Fähigkeiten zu zeigen – es war sicherlich auch eine konstruktive und fruchtbare Phase in der Geschichte der KPÖ. Am 9.1.1927 wurde Josef Frey, der nun als ‚Linker‘ bezeichnet wurde, aus der KP ausgeschlossen. Er gründete daraufhin eine der ältesten Linksoptionellen Gruppen (AnhängerInnen von Leo Trotzki), die Kommunistische Partei Österreich – Opposition (KPÖ-O) mit der Zeitung *Arbeiterstimme*.

Peter Haumer

Wien, 27. August 1985 / überarbeitet: Frühling 2020

die für Oktober/November 1923 geplant war, wurde jedoch durch Maßnahmen der Reichsregierung vereitelt.

Dokumente

Aus: *Die Rote Fahne*, 10. Dezember 1919.

UNSERE REICHSKONFERENZ

1. Verhandlungstag.

In Weigls Theresiensaal²⁴ trat Sonntag die 3. Reichskonferenz der K.P.D.Ö. zusammen. Anwesend waren 136 Delegierte (30 Delegierte der Wiener Lokalorganisation, 40 Delegierte der Wiener Betriebsorganisation, 28 Delegierte aus Niederösterreich, 9 Delegierte aus Oberösterreich, 4 aus Steiermark, 2 aus Tirol).

(...)

Als nächster Punkt gelangt

Die Gewerkschaftsfrage

zur Verhandlung. Referent ist

Tomann: Genossen und Genossinnen!

Das Referat über die gewerkschaftliche Lage, das ich zu erstatten habe, fällt mit insofern leicht, als ich mir vollständig klar bin, dass der größte Teil der Delegierten mit mir einverstanden sein wird, und ich kann von vornherein erklären, dass ich mit allen eingelaufenen Anträgen einverstanden bin. Und doch werden vielleicht nur wenige Probleme derartige Schwierigkeiten aufweisen, wie gerade dieses. Jeder Genosse, der sich mit den Gewerkschaften beschäftigt, weiß welchen ungeheuren Apparat sie darstellen. Jeder weiß, daß als die politische Partei der Arbeiterschaft noch wenig Bedeutung hatte, die Gewerkschaften sich schon aus eigener Kraft eine große Machtvollkommenheit angeeignet haben.

Der Referent gibt hierauf einen ausführlichen Überblick über die Entstehung der Gewerkschaften und erörtert die Ursachen, die dazu führten, dass die Gewerkschaften allmählich und besonders seit Ausbruch des Krieges, ihren Charakter als Organe des Klassenkampfes völlig verloren haben. Er bespricht dann die Ideologie der Gewerkschaftssekretäre, die allmählich aus Beauftragten des Proletariats Büttel der Kapitalisten wurden. Hierauf fährt der Redner fort:

„Noch schlimmer aber wurden die Dinge, seitdem die Sozialdemokraten an der Regierung teilnahmen. Die Gewerkschaftssekretäre wurden Gemeinderäte, Landtags- und Reichsratsabgeordnete, Staatssekretäre. Jetzt sehen wir zum Beispiel die Straßenbahner in den Streik treten, weil sie ungenügend entlohnt werden und dass der Sekretär hingeht: wir können die Forderungen nicht bewilligen, weil kein Geld in der Kassa ist. Die Beauftragten der Arbeiterschaft sprechen nunmehr einzig und allein als Beauftragte des bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Staates. Sie kommen nur zu den Arbeitern, um ihnen zu sagen, dass in den Kassen Wiens nun kein Geld

²⁴ Dreherpark (Wien-Meidling, Schönbrunner Straße 307). Der Park war 1793 Eigentum von Josefa Gräfin Chanclair, deren Villa den Platz des späteren Restaurationsgebäudes einnahm. Im 19. Jahrhundert folgten als Besitzer Nikolaus Esterházy (1812), Georg von Erdödy (1841), Stephan beziehungsweise (nach dessen Tod) Franziska Gräfin Liechtenstein. Aus dieser Zeit stammt der "Maria-Theresien-Saal" ("Grüner Saal"). 1884 kaufte der Bierbrauer Anton Dreher der Jüngere die Liegenschaft und verpachtete sie mit allen späteren Zu- und Nebenbauten an Johann Weigl, der hier das Schwechater Bier Drehers ausschenkte.

mehr vorhanden ist, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. So entwickelt sich die Situation allemal. Die Dinge haben sich jetzt so zugespitzt, dass die Arbeiter diese Herren bei einer Lohnbewegung einfach nicht mehr sprechen lassen, weil sie kein Vertrauen zu ihnen haben, weil sie nicht wollen, daß diese Leute, die sie seinerzeit auf den Posten stellten, jetzt noch ihre Interessen vertreten. Diese Leute erklären, wir brauchen die Kapitalisten, wir können ohne sie nichts machen. Wie tief schätzen diese Leute das Proletariat ein und wie weit sind sie gesunken, wenn sie als die berufenen Vertreter der Kapitalisten auftreten. Bei jeder großen Versammlung können Sie die Gewerkschaftssekretäre hören, wie sie in das Horn hineinstoßen, dass ihnen Renner hinhält: Arbeiten, produzieren. Sie finden ihre höchste Aufgabe in der Verteidigung der Kapitalisten gegenüber den Proletariern, im Schutz des ganzen staatlichen Organismus der Kapitalisten vor dem Proletariat.

Die heutige Frage lautet: Wie stellt sich die KP zu den Gewerkschaften? Es scheint
drei Möglichkeiten

zu geben. Die erste ist die Eroberung der Gewerkschaften und ihrer Zentralen. Das zweite Mittel: Gründung einer allgemeinen Arbeiterassoziation, und drittens: Sprengung der Gewerkschaften um jeden Preis. Ich habe schon eingangs erwähnt, dass wir uns speziell bei den Gewerkschaften unsere Taktik sehr gründlich überlegen müssen. Denn das noch nicht ganz reife Proletariat wird leicht in Verwirrung gebracht, wenn es etwas nicht ganz verstehen kann.

Betrachten wir die Frage der Gründung eines allgemeinen Arbeitervereines. Zu mir kamen viele Genossen, die erklärten, sie treten aus der Gewerkschaft aus, z.B. im Falle Donawitz. Die Donawitzer Genossen leiden vielleicht am meisten in Deutschösterreich unter dem

Terror der sozialdemokratischen Führer.

Bei der Wahl in den Arbeiterräten hat man ihnen Arbeiterräte aufoktroziert. Man hat sie gezwungen, nebst den Gewerkschaftsbeitrag den Beitrag zur sozialdemokratischen Partei zu leisten. Man drohte mit Repressalien. Man hat dort seit Jahrzehnten ansässige Genossen ausgewiesen, man hat gedroht, mit den stärksten Mitteln vorzugehen, wenn sie die „Einigkeit des Proletariats“ sprengen. Diese Genossen und viele andere, welche die ungeheuren Leiden der sozialdemokratischen Terroristen mitmachen müssen, können wir begreifen, wenn bei ihnen der Wunsch auftaucht: „Weg von diesen Gewerkschaften!“ Wir müssen natürlich überlegen, wie aus dem Gefühl der Empörung im Momente des Handelns der richtige Weg gefunden werden könnte. Wenn wir richtig überlegen und uns sagen: Haben wir Aussicht, bei einem allgemeinen Arbeiterverein auch die Notwendigkeiten für uns vollständig zur Durchführung zu bringen, dann müssen wir sagen: Nein. Und zwar deshalb nicht, weil durch das sozialdemokratische Gaukelspiel der Unterstützungseinrichtungen das Proletariat gewissermaßen mit seinen Lebensinteressen an die Gewerkschaften gebunden ist.

Haben wir eine Organisation, müssten wir als Angriffsorganisation ununterbrochen dem Kapitalismus zu Leibe gehen. Wir würden aber damit erreichen, dass die sozialdemokratischen Bonzen ihre Mitglieder

zum Streikbruch zwingen

würden, wie es beim Eisenbahnerstreik war. Alle unsere Bewegungen würden, durch den unerhörten Druck der festkonsolidierten Gewerkschaftsunterstützung, durch die staatlichen Einrichtungen vollständig zusammenbrechen und, Genossen, wir würden durch gelegentliche Misserfolge die Arbeiter leicht entmutigen können. Jeder Arbeiter im Betriebe weiß ja, was für ein Gefühl zurückbleibt, wenn ein Streik nicht von Erfolg begleitet war. Noch ein Moment

kommt in Betracht. Wir sind heute noch eine kleine Schar. Die sozialdemokratische Gewerkschaft würde uns vollständig freie Bahn lassen, sie würde froh sein, wenn unsere Genossen, diese unangenehmen Störenfriede, die die Arbeiter immer „aufhetzen“, die den Tomschik²⁵ und Weigl²⁶, Widenhofer²⁷ und Domes²⁸ keine Ruhe lassen, aus den Gewerkschaften ausscheiden. 700.000 Mitglieder zählen die österreichischen Gewerkschaften, Wenn die 10.000 aktiven Kommunisten weg sind, dann wären die Gewerkschaftsbonzen wieder Herren der Situation. Wir müssten nach kurzer Zeit zur Einsicht kommen, dass unsere Vereinigung vollständig unwirksam gegen die Gewerkschaften wären. Wir könnten erleben, dass 10.000 zu einem Verband gewerkschaftlich organisierte Kommunisten sämtlich arbeitslos sind.

Dieser Weg darf nicht gegangen werden.

Wir sind gezwungen und verpflichtet, zu den Arbeitern zu gehen, wo sie sind, in ihre Vereinigungen einzudringen. Wir müssen dort hingehen und uns mit den Arbeitern auseinandersetzen. Wir würden uns auch die Sympathien von vielen Arbeitern, die an der Schneide stehen, verderben, denn das Gefühl des Arbeiters hasst nichts mehr als den Separatismus.

Die dritte Form der Sprengung kommt für mich nur in einem einzigen Fall in Betracht. Dieser Schritt kann nur in dem Moment erfolgen, wenn wir knapp vor dem Umsturz stehen, wenn wir einen neuerlichen Trumpf ausspielen wollen, das Vertrauen der Massen zu den reaktionären Gewerkschaften zu erschüttern. Sonst aber in keinem anderen Falle. Wir müssen damit rechnen, Genossen, dass wir die Gewerkschaften für gewisse Momente sehr notwendig brauchen werden.

Wir sehen infolgedessen eine einzige Form, die wirklich zum Resultat führen kann:

Erringung der Macht in den Gewerkschaften.

Und, Genossen, das schaut viel schwerer aus, als es in Wirklichkeit ist. Ich kann ihnen aus meiner Praxis so verschiedene Winke geben. Ich kenn die schwachen Stellen der Gewerkschaftsbürokratie nur zu gut. Zuerst, niemals gegen das organisierte Proletariat vorgehen. Die Parole lautet immer und immer wieder nur gegen die Führer der Gewerkschaften geht der Kampf, nur gegen die Reaktionäre, und da, Genossen, gibt es ein Mittel, das unangenehm wird und sicher zum Ziel führt. Das Mittel ist: der Zusammenschluss aller oppositionellen Mitglieder in Fraktionen. In den Betrieben muss begonnen werden. In den Betrieben schließen sich eine Anzahl Genossen zusammen. Und dann beginnt der Kampf gegen jeden Funktionär der sozialdemokratischen Gewerkschaft. Denn die sozialdemokratische Gewerkschaft ist nur deshalb so

²⁵ Josef Tomschik (geboren 27.12.1867; gestorben 6.7.1945); Eisendreher, sozialdemokratischer Gewerkschafter. 1894-1930 war er Zentralsekretär der Eisenbahnergewerkschaft.

²⁶ Karl Ludwig Weigl (geboren 15.10.1879; gestorben 27.3.1982); er war Holzarbeiter von Beruf und engagierte sich bereits in jungen Jahren in der Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter. 1907 wurde er zum Sekretär, vier Jahre später, 1911, zum Generalsekretär bestellt. 1930 wurde er nach dem Tod von Franz Domes Präsident der Wiener Arbeiterkammer.

²⁷ Josef Widenhofer (geboren 19.3.1897; gestorben 4.11.1924) war ein Politiker der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule ging er an eine Staatsgewerbeschule und wurde Sekretär des österreichischen Metallarbeiterverbandes in Wien.

²⁸ Franz Domes (geboren 25.6.1863; gestorben 11.7.1930) war ein österreichischer Gewerkschafter und Politiker der SDAP. Er erlernte nach dem Besuch der Volksschule und Bürgerschule den Beruf des Schlossers. Früh engagierte er sich in der Gewerkschaftsbewegung, er war Mitbegründer des Metallarbeiterverbandes. 1898 wurde er Sekretär dieses Verbandes und 1918 dessen Vorsitzender.

stark und mächtig, weil sie überallhin ihre Fühler ausstreckt und überall ihre Vertreter hat. Bei dem einfachsten Vertrauensmann muss angefangen werden, denn die Vertrauensmänner spielen eine große Rolle. Sie sind der Apparat, auf den sich die Gewerkschaften stützen.

Weg mit den sozialdemokratischen Vertrauensleuten!

Wir müssen eine Kontrolle der Tätigkeit der Vertrauensmänner verlangen. Da werden 10 bis 15 Prozent der Vertrauensmänner ihre Stellung niederlegen. 20 Prozent fallen ab, weil sie keine Kampfnaturen sind, weil sie sich mit unseren kommunistischen Genossen nicht messen können. Von unseren Genossen ist jeder einzelne ein Kämpfer, sonst würden sie bei den Sozialdemokraten sein, und sagen: „Laßt's ma mei Ruah!“ Von Haus aus ist jeder Kommunist befähigt, einem sozialdemokratischen Vertrauensmann unangenehm zu werden. Diese 20 Prozent, die abfallen, sind ebenfalls weg, die restlichen müssen in Form von Misstrauensvoten mit Skorpionen gestochen werden. So muss die Opposition weitergehen. In jedem Betrieb finden sich die Genossen in einer Gruppe und in jedem Bezirk sammeln sich diese Gruppen. Da sehen sie schon eine stattliche Minorität, die den Gewerkschaften sehr unangenehm werden kann. Vom Bezirk muss die Opposition weitergehen. In Vertrauensmännerversammlungen müssen Misstrauensvoten gegen die Verbandsleitungen beschlossen werden und hauptsächlich muß auf die Wahlen auf dem Verbandstag Einfluss genommen werden. Ein Misstrauensvotum auf dem Verbandstag fegt die Herrschaften weg und die Opposition kann den Vorstand besetzen. Es ist nichts leichter, als den Kampf zu führen gegen die Bürokraten. Jeder Arbeiter ist ihr Gegner, er kann nur nicht los von der Gewerkschaft, der er seit 20 Jahren angehört. Deshalb müssen wir so den Kampf führen.

Zum Schlusse noch einige Worte über die Gewerkschaften in Russland. Die Gewerkschaften in irgendeinem kommunistischen Staate wechseln sofort ihre Aufgaben. Während die Gewerkschaften im kapitalistischen Staate ein Instrument sind, das die Regierung und den Staat bekämpft, ist die Gewerkschaft eine Institution zum Schutze der Sowjetmacht. Die Gewerkschaften in Russland haben eine ungeheure Arbeit zu erledigen gehabt. Wenn auch einzelne Gewerkschaften in menschewistischen Händen waren, mussten sie trotzdem die ihnen zugewiesenen Aufgaben durchführen. Aber, Genossen, noch wichtiger ist es, dass die Gewerkschaften gezwungen sind, für die Diktatur aktiv zu wirken. Sie müssen die Mobilisierung durchführen, die Verpflegung organisieren, sie müssen darüber wachen, dass auch die nichtkommunistischen Arbeiter im Betriebe ihre Pflicht erfüllen. Sie müssen die gleichmäßige Verteilung der Rohprodukte im Einvernehmen mit dem Volkskommissariat vornehmen. Sie sind verpflichtet, die fertigen Waren gleichmäßig im ganzen Lande zu verbreiten, damit nicht auf der einen Seite Überfluss und anderswo Mangel herrscht. So fällt die Gewerkschaft im Sowjetstaate in allen diesen Punkten eine ungeheure Anzahl anderer Aufgaben zu. Ich möchte daher nicht den Eindruck aufkommen lassen, dass die Gewerkschaften im Moment, wo die Sowjetrepublik errichtet wird, keine Existenzberechtigung haben. Jede proletarische Organisation hat Existenzberechtigung. Sie muss nur im Interesse des Proletariats geführt werden, auf diesem Standpunkte stehe ich. Ich bitte Sie, nach dem Parteitag alle diese Punkte, die in der Resolution enthalten sind, zur Durchführung zu bringen. Resolutionen sind ein Stück Papier und müssen vom Proletariat in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Ich rufe Ihnen nochmals zu: „Kampf gegen die Gewerkschaftsbonzen; Kampf im Interesse der sozialen Revolution.“ (Lebh. Beifall.)

Auf Antrag Pfeffer wird nicht in die Debatte eingegangen und nur zwei Generalredner gewählt.

Heidt²⁹

führt aus: Genosse Tomann hat über das Thema Gewerkschaft erschöpfend gesprochen. Ich bin daher dafür, dass die neu zu schaffende Kommission für das Ressort Gewerkschaft zusammentritt und die taktischen Richtlinien berät. Die Unternehmer bedürfen der Vertrauensmänner, um Preiserhöhungen bei den maßgebenden Stellen durchzusetzen, wir sehen aber auch den schweren Kampf, den unsere Genossen in den Betrieben zu führen haben. Wir müssen uns vor Augen halten, dass heute ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder mit der Leitung unzufrieden ist. Dieses System, das sich eingenistet hat, muss verschwinden. Unsere Genossen müssen sich an die Stelle der Vertrauensmänner setzen, um die Arbeiterschaft zu revolutionieren. Wenn wir in das Industriegebiet hinaussehen, finden wir, dass die Betriebsräte heute als das reaktionärste Instrument verwendet werden. Das ganze Material über die Betriebsräte, das uns bekannt wird, müsste gesammelt werden. Heute fürchtet sich der Arbeiter, zum Vertrauensmann zu gehen, weil er weiß, es richtet nichts aus. Wenn wir den Weg, den uns Tomann vorgeschlagen hat, tatkräftig beschreiten, dann haben wir Aussicht, im Interesse unserer Idee mehr im Betrieb Fuß zu fassen. (Lebhafter Beifall.)

Koritschoner:

Genossen: „Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des **Widerstandes** gegen Übergriffe des Kapitals.“ Mit diesen Worten charakterisierte Karl Marx das Wesen der Gewerkschaft in seinem im Generalrat der Internationale gehaltenen Vortrage im Jahre 1866. Es ist bemerkenswert, dass der Theoretiker der österreichischen Gewerkschaften, der Staatssekretär Deutsch, bei seiner Definition der modernen Gewerkvereine völlig von dieser marxistischen Auffassung abging. Wie die Theorie, so die Praxis. Die Gewerkschaften, einst **Brennpunkte der Revolutionierung der Massen**, sind heute zu Zentren des Vereinbarungsstandpunktes, zu

Propagandastellen der Klassenharmonie

geworden. Vorausahnend, hat Marx in seiner Rede festgestellt: „Die Gewerkschaften verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, dass sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuwirken und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen, d.h. die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen.“ Im weit höheren Maße, als man damals annehmen konnte, sollte die Gewerkschaft von ihrer ursprünglichen Bedeutung verlieren. Die Zeit der lediglich ökonomischen Kämpfe ist vorüber. Jede ökonomische Aktion muss politische Wirkungen zeitigen, jede politische ökonomische Folgen nach sich ziehen. Die Gewerkschaften, welche zuerst von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, damals, da sie als Kader, als aktive Minorität die große indifferente Masse mit sich fortrissen zum politischen und ökonomischen Kampfe, welche das Unternehmertum zu Paaren trieben, weil sie organisiert dem damals noch unorganisierten Unternehmertum gegenüberstanden, **entsagten** allmählich der Taktik des **Angriffes** und beschränkten sich auf die **Defensive**. Das Millionenvermögen der Gewerkschaften schmolz dahin, bei jeder Lohnbewegung, und die an der Erhaltung des Gewerkschaftsvermögens berufsmäßig interessierten Faktoren scheuten und mussten zurückscheuen vor einer Politik, welche das Gewerkschaftsvermögen gefährden konnten. Gleiche Erscheinungen sehen wir in allen Ländern. „Die wahre Politik der Gewerkschaften, die des Angriffs, scheint völlig aus dem Gesichtskreis gefallen zu sein,“ schreibt der englische Gewerkschafter Tom Mann: „Wahrhaftig,

der Durchschnittsgewerkschafter von heute ist ein Mann mit verknöchertem Gehirn,

²⁹ Es dürfte sich hierbei um den am 28.11.1931 verstorbenen Steinschleifer Ernst Haidt handeln.

entweder hoffnungslos apathisch oder der Unterstützer einer Politik, die direkt den kapitalistischen Ausbeutern in die Hände spielt.“

So haben auch die österreichischen Gewerkschaftsböden seit langer Zeit ihre Taktik eingestellt. Als im Mai 1917 das Proletariat den ersten schüchternen Versuch unternahm, zu politischer Aktivität zu erwachen, wurde diese Aktion in eine rein wirtschaftliche umgefälscht und die Initiatoren, in ihrer großen Mehrheit Fabriksarbeiter, als wurzellose Intellektuelle und jugendliche Lausbuben gekennzeichnet. Auch im Jännerstreik, wie in der Junibewegung, waren es die Führer der Gewerkschaften, die Hand in Hand mit den politischen Führern der Sozialpatrioten das Proletariat den Imperialisten überantwortete und durch die Niederbremsung der Aktionen, den **Krieg verlängerten**. Die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsböden war um so erklärlicher, als das **goldene Herz** der Gewerkschaft, die **Kasse**, unmittelbar an der **Erhaltung der bestehenden Ordnung** interessiert ist. Ungeheure Beiträge waren in Kriegsanzleihen angelegt worden, es hieße den Verwaltern jener Gelder allzu viel zumuten, wenn man ihnen verdenken wird, dass sie in Verteidigung ihres Gewerkschaftsvermögens vor Aktionen gegen den Krieg warnten, warnen mussten, da jede Entwertung der Kriegsanzleihe in geminderter Gewerkschafts“schlagkraft“ sich hätte äußern müssen. Die Bedeutung der Kasse für den Gewerkschaftskampf war indessen immer mehr gesunken. Die wenigen Millionen der Gewerkschaften kommen eigentlich prozentual gar nicht in Betracht, gegenüber den Summen, welche die Unternehmerverbände durch die Bezahlung offener Buchforderungen ihrer Mitglieder aufbringen könnten. Die revolutionäre Schlagkraft wird ein viel entscheidenderes Kriterium erfolgreicher Aktionen, wie die wohlgefüllte Kasse. Am Jubiläumskongresse der österreichischen Gewerkschaften war es Genosse Tomann, der auf die Bedeutung der kommenden Massenaktionen hinwies, in der den **unorganisierten Massen** eine bedeutende Rolle zukommen werde. Die Gewerkschaften haben sich immer mehr verbürgerlicht. Sie sind **hineingewachsen** in den **kapitalistischen** Staat, die Politik der friedlichen Durchdringung hat **nicht die kapitalistische Gesellschaft sozialistisch** gemacht, sondern die **Gewerkschaftsorganisationen kapitalistisch verseucht**.

Trotzdem halten wir es für richtig, **in den Reihen** der Gewerkschaften zu **bleiben**, vor allem aus propagandistischen Gründen. Massen indifferenter Proletarier, welche wir gewinnen können, sind in den Gewerkschaften organisiert. Es hieße sich jeglicher Agitationsmöglichkeit berauben, wollten wir Verzicht leisten auf die Ausnützung dieser propagandistischen Möglichkeiten. Dennoch kann unsere Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, welche wir **erobern und revolutionieren** wollen, allein nicht geleistet werden. Nicht nur in der Eroberung der Ortsgruppen, in der kommunistischen Durchdringung der Fabriken, im Ausbau unserer Betriebsorganisationen, sondern auch in der Ausgestaltung der Betriebsräte ist unsere Aufgabe gelegen. Das Betriebsrätegesetz macht den Betriebsrat zum Garanten des Tarifvertrages, zu einem Instrumente des **Waffenstillstandes zwischen Kapital und Arbeit**, ja der **Klassenharmonie**. Wir wollen diese Betriebsräte, welche konterrevolutionären Zwecken dienen sollten, gebrauchen für revolutionäre Ziele, als Instrumente der Revolution. Indem wir die Betriebsräte über ihre Aufgaben **hinaustreiben**, indem wir

bewusst die Kompetenzen des Gesetzes überschreiten,

können die Betriebsräte der schlagkräftigste Teil des Rätessystems werden. Verbleiben in der Gewerkschaft, aber Ausgestalten der Betriebsräte, in- und außerhalb der Gewerkvereine revolutionärer Klassenkampf! Dies ist unsere Parole. Die Richtlinien des Genossen Tomann empfehle ich Ihnen zur Annahme und ich habe Ihnen nur einen Zusatzantrag zu stellen, in dem auf die Betriebsräte verwiesen wird. Ein Genosse beantragt: Im Falle die Kapitalisten mit dem Schlagwort vom „vaterländischen Hilfsdienst“ eine Truppe schaffen, welche im Falle eines Streiks eingreift, billigt die K.P. die organisierte passive Resistenz und Massenaktionen. Es ist

damit ausgesprochen, dass jede Abwehrbewegung **organisiert** sein soll, sofern es von uns abhängt. Weiters, dass wir eine Schaffung von solchen Streikbrecherorganisationen **mit allen Mitteln** entgegneten würden. Ich empfehle Ihnen die Resolution zur Annahme. Was aber die Gewerkschaften betrifft, so stehen dieselben vor einer Schicksalsfrage. Entweder müssen sie wieder **Zentren des Widerstandes** werden, oder sie werden einfach **nicht mehr bestehen**. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Schlusswort **Tomanns** werden die vom Parteivorstand eingebrachten Leitsätze angenommen. Ferner die Zusatzanträge der Bezirksgruppe 8 (Wahl eines Gewerkschaftskomitees), Bezirksgruppe 9 (Wahl eines Genossen in den Parteivorstand als Ressortleiter für die Gewerkschaftsbewegung).

Hierauf kommt der Punkt „**Allgemeine Richtlinien der kommunistischen Politik**“ (Referent: Strasser) zur Behandlung.

Aus: *Die Rote Fahne*, 10. Mai 1920, Dienstag

WAS DIE KOMMUNISTEN VON DEN GEWERKSCHAFTEN WOLLEN!

Die Kommunisten mögen einmal ganz bestimmt und klar ihre gewerkschaftlichen Forderungen an den Verband und seine Taktik darlegen. Jedermann wird sich verpflichtet fühlen, sie zu prüfen, zu ihnen Stellung zu nehmen, sie - wenn sie gut sind – anzunehmen.

„Metallarbeiter“ vom 8. Mai 1920

Noch niemals ging die Verelendung der breiten Massen des Proletariats mit derartiger Schnelligkeit vor sich, wie in den letzten Jahren. Die körperlichen Kräfte sind auf ein ungemein niedriges Maß der Leistungsfähigkeit gesunken. Es gibt tausende und Abertausende von Arbeitern, die nicht imstande sind, mit ihrem Lohn die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Ein Anzug kostet einen Beitrag, der das Vielfache des Monatseinkommens eines Arbeiters ausmacht. Schuhe haben einen Preis bekommen, der sie zu Luxusgegenständen macht. Die Teuerung aller Waren, die zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Gesundheit unentbehrlich sind, ist eine derart ungeheuerliche geworden, dass das Proletariat unter ihr zusammenbrechen droht. Am deutlichsten treten die Wirkungen dieser Verhältnisse in der Zunahme von Erkrankungen und Todesfälle in Erscheinung. Die überwiegende Mehrheit der Wiener Schulkinder ist unterernährt, ein erschreckend großer Teil gilt als namentlich von der Tuberkulose aufs äußerste gefährdet. Wiens Bevölkerung stirbt aus. Es sterben mehr Menschen als geboren werden.

Der Sozialist sieht hier nicht ein unerbittliches Schicksal über den Menschen walten. Er sieht in diesen Zuständen nicht die **Menschheitskatastrophe**, sondern er weiß, dass all der Jammer nur geschuldet ist dem kapitalistischen System, dessen unheilvolles Wirken durch den Krieg nur beschleunigt worden ist. Die breiten Massen des **Proletariats** sind die Opfer des ausbeuterischen Privateigentums. Nur der organisierte Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer kann der ungeheuerlichen Verelendung entgegenarbeiten.

In jahrzehntelanger mühevoller Arbeit hat das klassenbewusste Proletariat Organisationen aufgebaut, die die Massen zusammenfassen und in den Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung führen sollten. Einige Jahrzehnte hindurch haben sich die Gewerkschaften als Verfechter der Interessen der Ausgebeuteten bewährt. Jedoch der alte Kampfesgeist ist heute erstorben, die Gewerkschaftspolitik ist eine wesentlich andere geworden.

Aber es ist nicht gleichzeitig der Kampfgeist in der Arbeiterschaft erstorben. Die Kritik wird von Tag zu Tag stärker, die Gewerkschaftstaktik wird immer heftiger angegriffen. Die revolutionären Elemente in der Arbeiterschaft können es nicht mehr mit Gleichmut ansehen, wie die Gewerkschaften mit den Unternehmern gehen, anstatt gegen sie zu gehen. Dass die Berufsorganisationen den Ausbeutern gegenüber immer willfähriger werden, daran kann kein Zweifel bestehen. Haben es sich nicht die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, häufig im Bunde mit vom starr gewerkschaftlichen Geiste erfüllten Betriebsräten, es sich zur Aufgabe gemacht, eine Reihe von Aufgaben im Betrieb zu erfüllen, die früher zum Tätigkeitsgebiete des Unternehmers gehörte, z.B. die Aufrechterhaltung der „Ordnung“? Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die gewerkschaftlichen Funktionäre durch Befürwortung der Akkordarbeit für die Steigerung der Ausbeutung der ausgemergelten Proletarier eintreten. Jahrzehntlang bestand bei den Gewerkschaftsführern kein Zweifel daran, dass die „Akkordarbeit – Mordarbeit“ sei. Heute soll es auf einmal anders geworden sein! Ähnlich steht es mit der Frage der Gewinnbeteiligung, die von den Unternehmern seit jeher als einer der besten Köder für die Arbeiterschaft und als eines der besten Mittel zur Sprengung der proletarischen Einheitsfront angesehen wird! In einer seiner letzten Nummern erklärte der „Eisenbahner“, dass die Frage der Gewinnbeteiligung nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden dürfe. Der Kampf um Lohnerhöhungen ist den Gewerkschaften seit langem ein Gräuel. Es ist unmöglich, all die Fälle anzuführen, in den sich die Führer der Berufsorganisationen bei Verhandlungen über Kollektivverträge auf die Seite der Unternehmer schlugen und mit allen möglichen Mitteln die Arbeiter von wahrlich bescheidenen Forderungen abzubringen suchten. Ein Beispiel ist noch in allen Erinnerungen: der Kampf der Eisenbahner. Niemand wagte es, das Begehren der Arbeiter als ungebührlich zu bezeichnen und dennoch warf sich ihnen die Gewerkschaftsbürokratie mit aller Macht entgegen, scheute selbst den offenen Streikbruch nicht und kämpfte und intrigierte solange, bis die Front der Ausständigen durchbrochen war.

Kurz, die Gewerkschaften haben sich heute nur die Förderung der „Produktion“, das heißt des kranken Kapitalismus zur Aufgabe gesetzt, wobei es ihnen nicht darauf ankommt, die Verteidigung der proletarischen Arbeitskraft preiszugeben. Es wird daher keinen Einsichtigen wundernehmen können, dass die Kommunisten mit der Gewerkschaftstaktik nicht zufrieden sind. Der Gewerkschaftsbürokratie ist die Unzufriedenheit der Kommunisten schon lange kein Geheimnis mehr, und sie kennt auch die Ursachen ganz genau. Die Gewerkschaftsführer haben trotzdem ihre Politik nicht geändert und sie haben sich nicht mit den Versuchen begnügt, die Kommunisten zu ihren Ansichten zu bekehren, sondern sie haben mit den Mitteln der Gewalt und der Einschüchterung für die alte Gewerkschaftspolitik gekämpft. Daraus leiten die revolutionären Arbeiter mit Recht den Schluss ab, dass der Hauptfeind des proletarischen Klassenkampfes die Gewerkschaftsbürokratie ist, womit aber keineswegs gesagt werden soll, dass mit der Ersetzung einzelner Personen durch andere schon viel gemacht ist. An dem Wesen der Bürokratie als einem System, das alle Machtmittel der Organisation in den Händen verhältnismäßig unabhängiger Personen vereinigt, wird dadurch wenig geändert. Anders kann es mit dem System nur werden, wenn der Wille der Arbeiterschaft mehr zur Mitbestimmung herangezogen wird. Dies kann herbeigeführt werden dadurch, dass man sich bei wichtigen Anlässen unmittelbar an die Gewerkschaftsmitglieder wendet, in den übrigen Fällen diejenigen Organe heran-

zieht und immer kräftiger gestaltet, die in innigster Fühlung mit der Masse stehen, die **Betriebsräte**. Je mehr die Gewerkschaften in diese Entwicklungsrichtung kommen, desto mehr werden sie den Forderungen der proletarischen Demokratie gerecht werden. Denn sie soll an die Stelle der gewerkschaftlichen Bürokratie treten. Das ist es, was die Kommunisten unter Revolutionierung der Gewerkschaften verstehen. Nur wenn die Organisationen den Willen der Massen in weitestem Umfange zur Betätigung kommen lassen, bedeuten sie für das Proletariat eine Waffe im Kampfe gegen die Verelendung.

DIE VORKONFERENZ DES 5. PARTEITAGES DER KPDÖ.

Hierauf ergreift **Gen. Glaß** zum **Bericht des Gewerkschaftsrates der K.P.Ö.** das Wort.

Parteigenossen! Trotz aller Schwierigkeiten kann ich mit Befriedigung feststellen, daß wir in der abgelaufenen Berichtsperiode durch intensive Mitarbeit von kommunistischen Betriebsräten und Vertrauensmännern **ein gutes Stück Weg auch auf gewerkschaftlichem Gebiete vorwärts gekommen sind.**

Am 7. und 8. Mai 1921 fand in Wien die **Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion statt**, die von 54 Delegierten der kommunistischen Minderheiten innerhalb der Gewerkschaftsverbände Österreichs und 38 Teilnehmern mit beratender Stimme beschickt war. Auf dieser ersten Reichskonferenz wurde:

1. das Organisationsstatut und die Richtlinien der Gewerkschaftsfraktion der Kommunistischen Partei Österreichs beschlossen;
2. die Wahl des Gewerkschaftsrates an Stelle des provisorischen Gewerkschaftskomitees vorgenommen;
3. Beschlüsse über Organisationsformen und taktische Probleme gefaßt;
4. die Vorarbeiten und die Wahl der Delegierten zum internationalen Gewerkschaftskongreß nach Moskau vorgenommen;
5. die Ausgestaltung des „Arbeiterrates“ als Organ für die kommunistischen Gewerkschaftsfaktionen und die Änderung seines Titels in „Roter Gewerkschafter“ beschlossen;
6. Beschlüsse über die Taktik der kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gefaßt.

Der Gewerkschaftsrat besteht aus einer neungliedrigen Exekutive und erweitert sich durch die Obmänner der gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen. Auf Grund des von der Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfaktionen beschlossenen Organisationsstatuts und Richtlinien begann der Gewerkschaftsrat Mitte Mai seine Arbeit mit der Abhaltung von Versammlungen der kommunistischen Gewerkschaftsfaktionen mit der Tagesordnung „Organisationsstatut und Richtlinien der kommunistischen Gewerkschaftsfaktionen“.

Weiters wurden allgemeine Branchenversammlungen mit der Tagesordnung „Amsterdam oder Moskau“³⁰ abgehalten wie auch Branchen- und Industriekonferenzen, wo die Wahl von Exekutiven durchgeführt wurde. Solche Konferenzen fanden in den Monaten Juli, August und September bei folgenden Branchen statt: a) bei den graphischen Arbeitern, b) Glasarbeitern, c) Schuhmachern, d) Bauarbeitern, e) Textilarbeitern, f) Metallarbeitern, g) Eisenbahnern und Straßenbahnern, h) Handels-, Industrie- und Bankangestellten. Bei diesen Konferenzen wurden

³⁰ Auf internationaler Ebene betrieb die Komintern mittels der RGI eine Spaltungspolitik. In den Statuten der RGI stand: „Das Entstehen dieses Zentrums der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist *Anfangspunkt* des erbitterten Kampfes innerhalb der gewerkschaftlichen Weltbewegung unter der Losung „Moskau oder Amsterdam“. Die Spaltung innerhalb der alten Gewerkschaftsbewegung in zwei Lager geht desto schneller, je *schneller* die ökonomische Krisis wächst und je geringer für das Proletariat die Aussichten der friedlichen Entwicklung sind.“ *Arbeiter-Zeitung*, 5.11.1924, S. 4.

die Exekutiven der betreffenden Branchen- und Industriefraktionen gewählt, ein Organisationsstatut und Richtlinien für die betreffenden Industriegruppen ausgearbeitet und beschlossen, sowie die taktische Weiterarbeit innerhalb der Gewerkschaftsverbände festgelegt.

Auf Grund der Beschlüsse und Richtlinien des **ersten Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale** wurde bei der Rückkehr unserer Delegierten eine vollständige Umstellung der bis dorthin geschaffenen kommunistischen Betriebs-, Branchen- und Industriefraktionen vorgenommen.

In zwei großen Konferenzen der kommunistischen Betriebsräte, Vertrauensmänner und gewerkschaftlichen Funktionäre wurde der Bericht über den ersten Kongreß der roten Gewerkschaftsinternationale entgegengenommen, die taktischen und organisatorischen Beschlüsse desselben genehmigt und an die notwendige Arbeit betreffs Umstellung der Organisationsform geschritten.

Die organisatorischen Arbeiten der Gewerkschaftsabteilung sind seitdem in dieser Richtung eingestellt und werden nicht nur die kommunistischen Genossen zu Fraktionen gebildet, sondern alle innerhalb der Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeiter zu oppositionellen Gewerkschaftsgruppen zusammengefaßt. Zur Unterstützung dieser Arbeit wäre es notwendig, mindestens eine Verdoppelung der Auflage des „Roten Gewerkschafters“ durchzuführen. Es ist Pflicht aller Kommunisten, in den Betrieben für die weiteste Verbreitung unseres Gewerkschaftsblatte Vorsorge zu treffen. Die notwendigen Schritte sind nach dieser Richtung bereits eingeleitet.

Die Propaganda der Gewerkschaftsabteilung erstreckt sich hauptsächlich auf Betriebsversammlungen; auf allgemeine Branchen- und Industrieversammlungen und die von den Gewerkschaften abgehaltenen Konferenzen und Gewerkschaftstagungen, nur insoweit Vertreter der Oppositionsgruppe daran teilnehmen. In der Roten Gewerkschaftswoche vom 1. bis 8. Dezember, als Propagandawoche, wurde der „Rote Gewerkschafter“ in einer verstärkten Seitenzahl und einer Doppelaufgabe herausgegeben und auch abgesetzt. Die Ergebnisse der Propagandawoche zeigten sich auch hauptsächlich in einer Steigerung der Abnehmer des „Roten Gewerkschafters“. Außerdem wurde noch eine Anzahl von Flugblättern herausgegeben. Weiters fanden in dieser Woche zahlreiche Versammlungen und Konferenzen statt, die organisatorisch zufriedenstellende Resultate ergaben.

Infolge der beschränkten finanziellen Mittel, die die Partei dem Gewerkschaftsressort zur Verfügung stellen kann, sind allerdings in vielen Fällen die notwendigen organisatorischen und propagandistischen Arbeiten des Gewerkschaftssekretariats sehr begrenzt gewesen.

Mit der **Arbeitslosenfrage** beschäftigt sich der Gewerkschaftsrat ununterbrochen und hat **in organisatorischer wie propagandistischer Beziehung aufzuweisen**. Die Arbeitslosenbewegung ist im ganzen Reiche im Gange und die Bewegung speziell in Wien steht **unter unserem Einflusse**.

Bei mehreren maßgebenden Gewerkschaftstagungen konnten Angehörige unserer Oppositionsgruppen teilnehmen **und den revolutionären Standpunkt des gewerkschaftlichen Klassenkampfes vertreten**.

Auf dem ersten **Betriebsrätekongreß der Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie** (14. bis 17. Februar 1921), der in Wien tagte, brachten unsere Delegierten den Standpunkt der oppositionellen Gruppen zur Betriebsrätefrage zum Ausdruck. Der in einem Monat darauffolgende **Verbandstag der Metallarbeiter** mußte sich mit einem Antrag unserer Delegierten betreffs „Austritt aus der Amsterdamer“ und „Beitritt zu der Moskauer Gewerkschaftsinternationale“ beschäftigen. Bei einer Reihe von internationalen Gewerkschaftskongressen wurden von den Exekutiven der Oppositionsgruppen die notwendigen Vorarbeiten getroffen, Sitzungen und Vorkonferenzen mit den internationalen Genossen der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ abgehalten, Resolutionen und Anträge auf den Tagungen zur Debatte gestellt. Vor, während

und nach den internationalen Tagungen fanden von uns einberufene Versammlungen statt, wo die ausländischen Genossen die Gelegenheit hatten, zu referieren. Diese Versammlungen wiesen alle einen sehr guten Besuch auf.

Ununterbrochen muß sich der Gewerkschaftsrat mit Fällen von **Terror von Seiten der Sozialdemokraten gegen die innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen tätigen Genossen beschäftigen**. Durch Interventionen und Eingaben hauptsächlich durch Veröffentlichung der Fälle in unserer Presse gelang es, viele unserer Genossen vor dem schlimmsten Terror zu schützen. Oft mußte das Einigungsamt, in vielen Fällen das Gewerbegericht angerufen werden, um die von sozialdemokratischen Betriebsräten oder Gewerkschaftsbürokraten veranlaßten Entlassungen rückgängig zu machen. **Brutalitäten und grundlose Entlassungen von Seiten der Unternehmer gerade gegen kommunistische Arbeiter sind stets auf der Tagesordnung**. In solchen Fällen mußte von unserer Seite den betreffenden Genossen Rechtsschutz beigelegt werden.

Es kann zum Schluß gesagt werden, daß das Resultat der propagandistischen, organisatorischen und administrativen Arbeiten des Gewerkschaftsrates bei den geringen Mitteln, die aufgewendet werden konnten, und den wenigen Kräften, die zur Verfügung stehen, als erfolgreich zu bezeichnen ist. Wir waren imstande, unsere Oppositionsgruppen auszubauen und den Gedanken der Roten Gewerkschaftsinternationale bei der Arbeiterschaft zu propagieren.

Als Referent über **die nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben** gelangt hierauf

Gen. **Koritschoner**

zu Wort. Er führt aus: Die gewerkschaftlichen Aufgaben, welche uns gestellt sind, wurden durch die Unternehmer uns aufgezwungen. Der Achtstundentag ist durchbrochen, die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter, das Urlaubsgesetz, eine Verbesserung der Krankenversicherung, all dies ist illusorisch gemacht und selbst dringende Verbesserungen für die Arbeitslosen, deren Zahl von Tag zu Tag steigt, werden unterbunden. Trotz der zweideutigen Rolle der sozialdemokratischen Führer haben wir die letzten Losungen, die die Konferenz der Prof.Intern. zugunsten der Einheitsfront aufgestellt hat, mit Freuden begrüßt.

In dieser Epoche, wo alle sozialpolitischen Errungenschaften in Frage gestellt erscheinen, wo die Nacharbeit der Frauen wieder auflebt, wo die Vierundvierzigstundenwoche längst Illusion geworden ist und alle Bemühungen über die gesundheitsschädlichen Betriebe durchbrochen werden, haben die Proletarier die Reihen zu schließen. In diesem Sinne verstehen wir die Einheit. In unseren oppositionellen Blocks leisten wir viel Arbeit für die Einheit der Arbeiterklasse. Gen. Haidt hat bereits unsere Tätigkeit in den Blocks geschildert. Was noch fehlt, ist die Tätigkeit dieser oppositionellen Blocks im Reichsmaßstab auszubauen. Mit diesem Problem wird die im Mai stattfindende Konferenz sich zu befassen haben.

Wir können nicht, wie es einige steiermärkische Genossen wünschen, anorganisch eine Gewerkschaft schaffen, sondern wir müssen herangehen, um Schritt für Schritt opfervoll ringend, die Macht in den Gewerkschaften zu erringen. Wir müssen um jede Funktion kämpfen, nicht nur kritisieren, sondern in der täglichen Kleinarbeit aktiv mitwirken, um die Bahn frei zu machen, um die Eingliederung der österreichischen Gewerkschaften in die Reihen der Roten Gewerkschaftsinternationale zu erringen. Wenn wir die „Arbeiter-Zeitung“ verfolgen, so sehen wir, wie die Herrschaften der Gewerkschaftsbürokratie die Losung der Einheitsfront verstehen, das heißt, Zerschmetterung der kommunistischen Zellen in den Betrieben, das heißt Hinauswurf der Kommunisten aus den Betrieben. Und darum haben wir mit aller Kraft auf dem Posten zu stehen, um die Gewerkschaft wieder zu einem Instrument des Kampfes umzugestalten. Es gilt, die Berufsverbände auf betriebsrätlicher Basis umzugestalten in Produktionsverbände, in Zentren aktiver Abwehr.

Gen. Koritschoner verliest hierauf die unter Beschlüssen des Parteitages abgedruckten Richtlinien zu den nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben und empfiehlt ihre Annahme.

Der Vorsitzende läßt hierauf eine Pause eintreten.

Aus: **Protokoll des Fünften Parteitages** der Kommunistischen Partei Österreichs, Sektion der kommunistischen Internationale – vom 24. bis 27. März 1922.

Richtlinien zu den nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben.

1. **Die Grundlage der Gewerkschaftstaktik bildet die Organisation revolutionärer Massen zum unmittelbaren Kampf gegen das Kapital.** Alle Errungenschaften der Arbeiter stehen im direkten Verhältnis zur klassenbewußten Druckausübung seitens des Proletariats. Darum gilt es, die Arbeiterschaft in einer revolutionären Einheitsfront gegen die kapitalistische Klasse zu mobilisieren.
2. Unter direkter unmittelbarer Druckausübung auf die Unternehmer und deren Exekutivorgan, den kapitalistischen Staat, ist zu verstehen: Boykott, passive Resistenz, Streiks, Straßenaktionen, Demonstrationen, Besitzergreifung der Unternehmungen und andere Aktionen, die geeignet sind, das Kapital an der Befestigung seiner Machtposition zu hindern, seinen Widerstand hintanzuhalten und mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes die Niederzwingung der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen.
3. Demgemäß besteht die Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften darin, dieselben zu **Zentren des proletarischen Widerstandes**, zum Mittel revolutionärer Erziehung und zu Organisationen für die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht zu gestalten. Darum müssen die Berufsverbände in Industrieverbände umgestaltet werden, welche auf den von den Betriebsräten geleiteten Betriebsorganisationen fussen.
4. Durch die dem proletarischen Klassenkampfstandpunkte nicht entsprechenden Haltung der Gewerkschaftsführer, die in ihrem restlosen Eintreten für den kapitalistischen Wiederaufbau zum Ausdruck kommt, ist es den Kapitalisten gelungen, die Arbeiterschaft in die Defensive zu drängen. Die Zugehörigkeit von Arbeitern und Angestellten eines Unternehmens zu mehreren Gewerkschaften hat den Kampf erschwert. Unsere Losungen müssen daher sein: „Alle Arbeiter und Angestellte eines Betriebes müssen einer Gewerkschaft angehören. Unentwegter Kampf für die Erreichung eines auskömmlichen Reallohnes, Kampf gegen die Durchbrechung des Achtstundentages und aller anderen sozialen Errungenschaften, Kampf um Sicherung und Ausbau des Jugend- und Arbeiterinnenschutzes, Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Mann und Frau, Kampf um Beseitigung der kapitalistischen Produktion.“
5. Um allen Angriffen des Kapitals zu begegnen und den Kampf gegen die geeinte Bourgeoisie erfolgreich durchführen zu können, gilt es, das Proletariat in einer **revolutionären Einheitsfront** zu mobilisieren.
6. Es gilt mit aller Kraft und Entschiedenheit **der Spaltungsmethode der Amsterdamer Internationale**³¹ in nationalem und internationalem Maßstab **entgegenzuwirken** und innerhalb der Gewerkschaften auf der Basis der Roten Gewerkschaftsinternationale gegen die reformistischen Tendenzen zu kämpfen.
7. Die Frage der Verschmelzung der verwandten Berufsverbände muß unmittelbar den Verbandsmitgliedern in den Betrieben und Fabriken vorgelegt werden und ist von unseren Vertretern auf den gewerkschaftlichen Bezirks-, Kreis- und Verbandskonferenzen zu propagieren.

³¹ Amsterdamer Internationale – gemeint ist der sozialdemokratisch dominierte Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), gegründet vor dem Ersten Weltkrieg, 1919 im Amsterdam wiederbelebt. Sitz war 1919-30 Amsterdam, 1930-33 Berlin, 1933-40 Paris, 1940-45 London.

8. Die Gewerkschaftsverbände haben nicht nur die Aufgabe, das wirtschaftliche und kulturelle Interesse der Arbeiterschaft zu vertreten, sondern den Kampf für die Erweiterung der **Rechte der Betriebsräte** und endliche Durchsetzung der **Produktionskontrolle** durch die Arbeiterschaft aufzunehmen. Da die Produktionskontrolle eine notwendige und äußerst notwendige Vorschule für die breiten revolutionären Massen zur sozialen Revolution ist, muß die Organisation der Betriebsräte nach Produktionszweigen in lokalen, territorialen und Reichsmaßstabe angestrebt und die Zusammenfassung der Betriebsräte der gesamten Produktion in eine einheitliche Betriebsorganisation für das ganze Reich durchgeführt werden. Die Produktionskontrolle muß zugleich im weitesten Maße zur Umgestaltung der reformistischen Gewerkschaft in Kampforganisationen der Arbeiterklasse ausgenützt werden
In allen Betrieben muß für die Wahl revolutionärer Betriebsräte eingetreten werden.
9. **Die nächste konkrete Aufgabe** der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften ist der **Kampf um die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß**. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist eine Zwangseinstellung der Arbeitslosen nach der von den Betriebsräten festgestellten Produktionsmöglichkeit durchzuführen und eine Sicherstellung der nicht unterzubringenden Arbeitslosen mit einer ausreichenden Unterstützung auf Kosten der Unternehmer anzustreben.
10. Die innerhalb der Berufsinternationale wirkenden Propagandakomitees der Roten Gewerkschaftsinternationale müssen in den Verbänden **Propagandafractionen** bilden, die dem Oppositionsblock angegliedert sind. Zur Verwirklichung aller dieser Aufgaben ist es unbedingt notwendig, innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen festgefügte **revolutionäre Oppositionsgruppen**, unbekümmert der politischen Richtung zu Organisieren und besondere Aufmerksamkeit der Umgestaltung der Gewerkschaften in Produktionsverbände zuzuwenden.

Exekutive der Kommunistischen Internationale

No.100

Moskau, den 22.I.23

An die

Parteizentrale der Kommunistischen Partei

OESTERREICHS!

Werte Genossen!

Anläßlich der letzten Nachrichten aus Oesterreich hat das Präsidium eine Kommission eingesetzt, die von folgenden Dokumenten Kenntnis genommen hat.

- a) Brief des Gen. Franz Koritschoner vom 3.I.1923
- b) Beschlüsse des Parteivorstandes über die Richtlinien in Bezug auf Sammlungen
- c) drei Anträge des Gen. Frey an den Parteivorstand zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften
- d) Erklärung der Gen. K. Tomann, F. Koritschoner und Jakob Riehs über die Unterordnung der gewerkschaftlichen Arbeit der Kommunisten unter die Direktiven des Parteivorstandes
- e) Antrag des Gewerkschaftsrates an den Parteivorstand über die gewerkschaftlichen Fractionen und Blocks
- f) Brief des Genossen A..... vom 4.1.1923.

E.K.K.I.

Auf Grund der vorliegenden Dokumente kann man nicht konstatieren, daß es sich um irgendwelche prinzipiellen Meinungsdivergenzen handelt. Auch die Minderheit des Parteivorstandes, die Gen. Tomann, Koritschoner, Riehs, erklären ausdrücklich, daß sie die Unterordnung der gewerkschaftlichen Arbeit unter die Direktiven der K.P. und ihre Organe – was Gen. Frey beantragt – für eine Selbstverständlichkeit halten. Sie sprechen nur ihre Zweifel aus, ob nicht die von Gen. Frey beantragten Beschlüsse von der Mehrheit des gegenwärtigen Parteivorstandes „in einer für die Partei abträgliche Weise“ gehandhabt werden würden.

Die Anträge des Gen. Frey enthalten in der Tat einige so weit gehende detaillierte Regelungen der gewerkschaftlichen Arbeit, daß man Grund hat, dem Parteivorstand vor einer allzu kleinen Kontrolle und Einmischung in der Arbeit der gewerkschaftlichen Arbeit der Komfraktionen und Blocks abzuraten. Es dürfte in der Praxis genügen, wenn der Parteivorstand den Vorsitzenden und den Sekretär der Komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates, bzw. den Kandidaten der Fraktion zum Vorsitzenden und Sekretär des Gewerkschaftsrates bestimmt. Alle ihre übrigen Vertrauensleute und Kandidaten sollte man lieber die komm. Fraktion selbst wählen lassen. Der Parteivorstand soll auch sonst nur die wichtigsten Schritte der komm. Fraktionen unmittelbar regeln und leiten, im übrigen der Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten eine gewisse Bewegungsfreiheit geben. Das Bedürfnis nach einer solchen Bewegungsfreiheit entspringt durchaus nicht immer einer falschen, zu bekämpfenden Tendenz, sondern kann durch die gegenwärtigen Bedingungen der revolutionären Arbeit in den österreichischen Gewerkschaften sehr gut motiviert sein. Um eine große oppositionelle Massenbewegung in den Reihen der Gewerkschaften Österreichs erfolgreich zu entwickeln und zu organisieren – und diese Aufgabe ist äußerst wichtig für Euch – ist ohne Zweifel ein weiter Blick, Klugheit und Mut in der Leitung dieser Arbeit erforderlich. Sofern diese Arbeit gut gelingt, wird die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung sich um ein Vielfaches erweitern, vielleicht viel rascher als die kommunistische Partei, und in diesem Falle müssen die kommunistischen Fraktionen und die Kommunistische Partei dazu bereit sein, daß sie zeitweilig als eine relativ kleine Minderheit diese Bewegung leiten werden. Sie müssen deshalb auch verstehen, alle Methoden der mechanischen Beherrschung durch die Methoden der politischen Beeinflussung zu ersetzen, d.h. nicht mehr ihre Leitung nur auf eine numerische Mehrheit, sondern auf ihre politische Autorität und organisatorische Arbeit zu stützen. In materieller Hinsicht soll die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auf eigenen Füßen stehen, d.h., sie soll imstande sein ohne materielle Unterstützung durch die Partei auskommen und andererseits soll die Partei sie nicht finanziell exploitiert. Die regelmäßigen Ausgaben sowohl zur Unterstützung der Kämpfe wie auch für die Kosten der Propaganda und Verwaltung sollen durch die Beiträge der revolutionären Blocks und durch ihre allgemeinen Sammlungen gedeckt werden; die aus Sammlungen für besondere Zwecke herkommenden Mittel sind natürlich nur für diese Zwecke zu benutzen. Über die Verwaltung und den Gebrauch aller dieser Mittel sollen die revolutionären Blocks und der Gewerkschaftsrat mit formal vollständig unbeschränktem Recht verfügen, ohne daß die kommunistischen Fraktionen oder die K.P. für sich ein Verfügungsrecht über diese Mittel beanspruchen dürfen. Die kommunistischen Fraktionen sollen nur in den Blocks und im Gewerkschaftsrat in der üblichen demokratischen Ordnung ihre Meinung darüber vertreten, die die Mittel immer am besten im Interesse der revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu verwenden sind. Die Kontrolle über die Verwaltung und die Verwendung der Mittel der revolutionären Gewerkschaftsbewegung muß durch die eigenen Kontrollorgane dieser Bewegung streng und sorgfältig durchgeführt werden. Die Verwaltungsorgane dieser Bewegung sollen zu jeder Zeit imstande sein, öffentlich eine vollständige Abrechnung über alle Mittel zu geben. Alle Ausgaben der komm. Fraktionen sollen vollständig aus den Mitteln der K.P. gedeckt werden. In den vorliegenden Anträgen der

österr. Genossen über die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit sind die Bestimmungen über die finanzielle Seite nicht genügend formuliert und sollen deshalb verdeutlicht werden. Zuletzt muß daran erinnert werden, daß besonders die jetzige ernste Situation alle österr. Genossen zur völligen Vermeidung persönlicher Zänkereien auffordert. Wenn es wahr wäre, daß Gen. Frey gedroht hätte, die Beziehungen der Komm. Fraktionen zu den revolutionären Blocks öffentlich zu behandeln, was uns gänzlich unglaublich erscheint, so muß gesagt werden, daß so etwas selbstverständlich gänzlich unzulässig ist und die komm. Arbeit nur schädigen kann.

Es ist wünschenswert, daß die K.P.Ö. zur nächsten Sitzung der erweiterten Exekutive der K.I. zwei Vertreter sendet, die verschiedene Meinungen vertreten, um dann der Exekutive die Möglichkeit zu geben, die Lage der Partei auf Grund allseitiger Informationen zu behandeln.

Mit komm. Gruß

Moskau, am 22. Januar 1923

Das Präsidium der E.K.K.I.

N. Bucharin³²

Für das Sekretariat: O.W. Kuusinen³³

Nachtrag: Ein ähnlicher Brief der Roten Gewerkschafts-Internationale ist gleichfalls an den Parteivorstand gelangt, wonach die österr. Genossen dringend ersucht werden, nicht durch eine offene Parteikrise die Gewerkschaftsarbeit nicht allein in Österreich, sondern auch in den anderen Ländern zu gefährden. Die österreichische Partei trage große Verantwortung. Die Streitfragen sind keine prinzipiellen, persönliche Differenzen müssen ausgeschaltet werden.

Der Text wurde im November 2022 neu layoutiert, inhaltlich aber gegenüber der Erstauflage von 1985 unverändert gelassen.

P.H., 30.11.2022

³² Nikolai Iwanowitsch Bucharin (geboren 27.9.1888 in Moskau; gestorben 15.3.1938 ebenda) war ein kommunistischer Politiker, marxistischer Wirtschaftstheoretiker und Philosoph. Er nahm an den russischen Revolutionen von 1905 sowie 1917 teil und wurde im Zuge der Stalinschen Säuberungen erschossen. Ab 1926 wurde er zum Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale berufen.

³³ Otto Wille Kuusinen bzw. *Otto Wilhelmwitsch Kuusinen* (geboren 5.10.1881 in Laukas; gestorben 17.5.1964 in Moskau) war ein finnischer und sowjetischer Politiker. Von 1921 bis 1939 – also bis fast zu ihrer Auflösung 1943 – war er Sekretär des E.K.K.I. und er gehörte damit zu dem Kreis von drei Leuten, die faktisch die Komintern führten.